

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 25.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 21. Juni 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Eine Aussperrung von 6800 Textilarbeitern und -Arbeiterinnen.

In Bocholt (Westf.) und im benachbarten Rhede ist in allen Textilbetrieben fast sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen gekündigt worden. Selbst die Unorganisierten haben mit geringen Ausnahmen keine Gnade gefunden. Auch die Meister und Vorarbeiter sind zum großen Teile von der Kündigung nicht verschont geblieben. Im ganzen werden rund 6800 Personen in Frage kommen. Die Kündigungsfrist läuft an verschiedenen Tagen ab. Meist am 21. und 28. Juni und zu einem kleineren Teile am 3. Juli. Bei der Firma Cosmann Cohen u. Cie. hatten am Samstag, den 7. Juni, die Weber in Uebereinstimmung mit unserer Verbandsleitung geschlossen die Kündigung eingereicht. Das war für die Bocholter Fabrikantenvereinigung Veranlassung, die Kündigung aller Arbeiter und Arbeiterinnen für den gleichen Tag vorzunehmen. — Diesen Maßnahmen liegen folgende Tatsachen zugrunde.

Die Lage der Bocholter Textilarbeiterschaft ist nicht die beste. Das ständige und zum Teil rapide Ansteigen der Preise für die wichtigsten Lebensmittel hat auch sie hart getroffen. Umso mehr, als der Lebensmittelvertener keine in auch nur annähernd gleichen Verhältnissen sich bewegende Lohnsteigerung gegenübersteht. Wesentliche Lohnerhöhungen sind in den Bocholter Textilbetrieben in den letzten Jahren im allgemeinen nicht erfolgt. So heißt es in dem letzten Bericht der Gewerbeinspektion für den Regierungsbezirk Münster, dem Bocholt angehört, u. a. also:

„Die Löhne der Arbeiter haben sich im allgemeinen auf der früheren Höhe gehalten; für einige wenige Arbeitszweige sind geringe Verbesserungen eingetreten. Obgleich der Verdienst der Leute nicht schlecht ist (? d. R. d. L.-Z.), kann von einer befriedigenden Lebenshaltung der Arbeiter doch nicht gesprochen werden, da die Lebensmittel, insbesondere das Fleisch, erheblich im Preise gestiegen sind.“

Das Bestreben der Bocholter Textilarbeiterschaft, ihre Lage zu verbessern, ist also durchaus berechtigt und notwendig.

Unser Verband hat sich der Sache der Arbeitererschaft angenommen.

Der Vorstand der Ortsgruppe Bocholt machte unterm 3. April d. J. eine Eingabe an die Vereinigung der Bocholter Arbeitgeber, in der folgende Verbesserungen beantragt wurden:

1. der Lohn ab 15. Mai d. J. um 15 Prozent erhöht werden möge.

2. Generell die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt wird, mit einem allgemein einheitlichen Arbeitsbeginn, Arbeitschluß und Pausen.

3. Eine einheitliche Entlohnungs- und Berechnungsmethode, möglichst nach deutschem System, seitens der Webereien eingeführt wird, und

4. die wöchentliche Lohnzahlung bei allen Firmen zur Einführung gelangt, und zwar so, daß tunlichst in der letzten Hälfte der Woche die Auszahlungen vorgenommen werden.

Diesen Verbesserungsvorschlägen war eine eingehende Begründung beigegeben. Es kam zu Verhandlungen zwischen unserem Verbands- und der Vereinigung der Unternehmer. Bemerkenswert sei, daß diese bisher nur lokal organisiert waren. Im Laufe der Verhandlungen gaben die Arbeitgebervertreter zu erkennen, daß in bezug auf die Punkte 2, 3 und 4 eine Verständigung wohl zu finden sei. Schwieriger lagen die Dinge bezüglich der Lohnaufbesserung. Um ihre Bereitwilligkeit, bis an die Grenze des Möglichen entgegenzukommen, erkennen zu geben, machten die Arbeiter- bzw. Verbandsvertreter im Laufe der Verhandlungen folgendes

Angebot: Sie hielten an der allgemeinen Lohnerhöhung fest. Jedoch sollte bezüglich der Höhe derselben bei den einzelnen Firmen den gegebenen Notwendigkeiten und Möglichkeiten Rechnung getragen werden. Oder es solle in allen Betrieben grundsätzlich ein 5%ige Lohnaufbesserung erfolgen. Ueber diesen Satz hinaus sollten dann über weitere Erhöhungen spz. für die schlechtestentlohnnten Betriebe weitere Verhandlungen gepflogen werden.

Das Verhalten der Arbeitgeber.

Das war gewiß ein sehr weites Entgegenkommen seitens der Arbeiter. Auf den Boden dieser Vorschläge hätten die Arbeitgeber bei etwas gutem Willen treten können. Sie taten es nicht. Unterm 30. April gaben sie folgende Antwort:

„Die Fabrikantenvereinigung ist bereit, die Verhältnisse der Betriebe, die die in der Eingabe des Textilarbeiterverbandes angeführte Verdienstmöglichkeit nicht gewährleisten, auch ihrerseits zum Gegenstand einer Prüfung zu machen, und gegebenenfalls im Wege der Vermittlung und Verhandlung auf einen Ausgleich hinzuwirken.“

Sowohl eine Sitzung des Vorstandes unseres Verbandes als auch eine Versammlung der Arbeiterausschüsse der Bocholter Textilbetriebe haben diese Vorschläge als ein durchaus ungenügendes Angebot bezeichnet. Es ist in der Antwort der Arbeitgebervereinigung von einer „in der Eingabe des Textilarbeiterverbandes angeführten Verdienstmöglichkeit“ die Rede. Sie stützt sich dabei auf folgende Sätze in der Begründung der genannten Eingabe:

„In Anbetracht der schon länger angehaltenen verhältnismäßig nicht ungenügenden Geschäftslage dürfte auch die Möglichkeit einer Aufbesserung der Löhne gegeben sein. Wie dringend notwendig eine solche ist, ergibt sich u. a. auch aus der Tatsache, daß ein sehr großer Teil verheirateter Arbeiter, sogar 4 Stuhl-Weber, nicht den Verdienst von M. 20.— pro Woche erreicht, wie durch unsere Erhebungen einwandfrei festgestellt wurde. Dem uns vielleicht entgegengehaltenen Umstand, daß jeweils die einzelnen Betriebe wieder ihre Eigenart besitzen bzw. verschiedene Verhältnisse aufweisen, ließe sich durch Verhandlungen immerhin Rechnung tragen. Im allgemeinen erscheint uns der Wunsch um Aufbesserung der Löhne in der eingangs gewünschten Höhe nicht unbillig.“

Es ist doch durchaus unangebracht, aus diesen Sätzen die Forderung einer Verdienstmöglichkeit in Höhe von 20 M. die Woche heranzulesen. Die Antwort der Arbeitgebervereinigung verschiebt den Zweck und den Sinn der angeführten Stellen ganz und gar. Es sollte damit nur an einem Beispiel der schlechte Verdienst der Weber nachgewiesen werden. Auf die außerordentlich dehnbare und durchaus ungerechte Festsetzung einer Verdienstmöglichkeit in dem von der Arbeitgebervereinigung angeführtem Sinne kann sich die Textilarbeiterschaft unmöglich einlassen. Damit könnte jede Lohnerhöhung abgewiesen werden.

Die Arbeiterschaft hat weiter nach Mitteln gesucht, um die Differenzen ohne Kampf aus der Welt zu schaffen. Arbeiter und Arbeitgeber einigten sich dahin, unter Wahrung freier Hand

zunächst bei einigen Firmen einzeln vorzugehen.

Natürlich sollte das keine Preisgabe der Lohnaufbesserungsanträge für die Allgemeinheit der Arbeiterschaft bedeuten. Nach gegenseitiger Uebereinkunft wurden zunächst der Firma Cosmann Cohen u. Cie. die Wünsche der Arbeiterschaft gesondert unterbreitet. Es kam zu Verhandlungen mit der Firma und zu mehreren lohnstatistischen Erhebungen. Auf Grund durchaus einwandfreier Erhebungen wurde festgestellt, daß von 90 Webern der Firma, worunter sich keine unter 16 Jahren befinden, der Durchschnittsverdienst 3,38 M., das sind 20,28 M.

pro Woche, beträgt. Nach Abzug der Versicherungsbeiträge bleiben also keine 20 M. mehr. Die Firma hat aber über 130 Weber. Zudem sind in den letzten Monaten mehrere Ueberstunden gemacht worden, die schließlich auch noch in Abzug zu bringen sind. Ferner hat ein großer Teil der Weber auf zwei Stühlen eine besonders gute Ware zu weben gehabt. Nach einer Aufstellung der Arbeitgebervereinigung ergibt sich für einige Webergruppen, spz. für Jacquardweber, ein höherer Verdienst, es ergibt sich da ein Durchschnittstageslohn von 3,90 M. Zunächst ist das doch wahrhaftig kein guter Lohn. Dann ist zu berücksichtigen, daß die Mehrzahl der Jacquardweber zwei Jacquard- und dazu noch zwei schlechte Stühle bedient. Das ist doch kein arbeiten mehr. Rechnet man dazu, daß im Monat April Ueberstunden gemacht wurden, für die die Arbeiter außer dem gewöhnlichen Akkord noch 10 Pfg. die Stunde als Zuschlag erhielten, so erscheint dieser höhere Durchschnittslohn in einem ganz anderen Lichte. Aber die Arbeitgebervereinigung bezeichnete die Löhne der genannten Firma „als den Zeitverhältnissen entsprechend“. Daß die Bocholter Arbeiterschaft einen Durchschnittslohn von nicht einmal 20 M. „als den Zeitverhältnissen entsprechend“ bezeichnet, wird nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch in weitesten Kreisen des Bürgertums und selbst bei vielen Arbeitgebern mindestens ein Kopfschütteln erregen. Wir verweisen nur auf das oben angeführte Urteil des Gewerbeinspektionsberichts.

Die Firma Cosmann Cohen u. Cie.

lehnte eine generelle Lohnerhöhung ab.

Für Warten auf Material wollte sie dagegen jetzt schon nach dem ersten halben Tag (bisher nach dem ersten Tag) Vergütung zahlen. Für Rauher- und Appreturarbeiter sollte eine Erhöhung der Löhne platzgreifen; in welcher Höhe, wurde nicht angegeben. Ueberdies sollte diese Erhöhung erst dann eintreten, nachdem die Bewegung in der ganzen Industrie beendet wäre.

In Würdigung der Gesamtverhältnisse konnten die Arbeiter dieses Angebot als wesentlich und hinreichend nicht ansehen. Versuche, die Firma zu weiteren Zugeständnissen zu bewegen, blieben ohne Erfolg. Die Arbeitgebervereinigung machte unserem Verbands die Mitteilung, daß sofort allen Arbeitern ohne Ausnahme gekündigt würde, wenn die Arbeiter der Firma Cosmann Cohen u. Cie. die Kündigung einreichten. Das hat weder unsern Verband, noch den Arbeitern der Firma Cosmann Cohen u. Cie. Veranlassung geben können, einen Rückzug anzutreten. Diese haben am Samstag, den 7. Mai, geschlossen die Kündigung eingereicht. Drei Arbeitern, die nicht mitgekündigt hatten, ist dann von der Firma gekündigt worden. Am gleichen Tage wurde sämtlichen Arbeitern in allen Betrieben die Aussperrung angekündigt. Einige Arbeitgeber scheinen von einer großen Aussperrungslust beseelt zu sein, denn sie hatten ihren Arbeitern bereits gekündigt, bevor bei der Firma Cosmann Cohen u. Cie. die Arbeiter die Kündigung eingereicht hatten.

Unser Verband steht voll und ganz hinter der Arbeiterschaft.

Der Streik bei der Firma Cosmann Cohen u. Cie. kann von unserem Verbands so lange nicht abgebrochen werden, als seine Fortführung mit vernünftigen gewerkschaftlichen Gründen zu rechtfertigen ist, die Arbeiterschaft ihre Einigkeit hochhält, die Arbeitgeber kein besseres Angebot machen und Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. Er ist zu jeder Zeit zum Verhandeln bereit. Er will

nicht den Kampf, sondern nur eine Verbesserung der Lebenshaltung der Hochholter Arbeiter. Kann er das ohne Kampf erreichen, desto besser. Aber auch sein Entgegenkommen hat seine Grenzen. Die fangen dort an, wo der gute Wille der Gegenpartei aufhört. Er kann die berechtigten Interessen seiner Hochholter Mitglieder nicht preisgeben. Sollte es zur Durchführung der Aussperrung kommen und dadurch große Schäden über das Hochholter Gemeinwesen, über die Industrie und Arbeiterschaft gebracht werden, so braucht sich unser Verband einen Vorwurf daraus nicht zu machen. Er hat den Frieden in ehrlicher Absicht gesucht. Die Arbeitgeber haben ihn nicht gewollt. Gut! Sie trifft allein und in ihrer ganzen Schwere die Verantwortung für die Dinge, die da kommen werden.

Die Aussichten für die Arbeiterschaft sind nicht schlecht. Im Allgemeinen ist die Konjunktur in den Hochholter Betrieben befriedigend. An der Berechtigung der Arbeiterwünsche kann kein sozial denkender Mensch zweifeln. Die Arbeiterschaft befeelt eine feltene Einigkeit und Geschlossenheit. Die gesamte Bürgererschaft steht auf ihrer Seite. Die Hochholter Arbeitgeber könnten wohl eine Lohnerhöhung gewähren. So sehen unser Verband und die Hochholter Arbeiter den Dingen mit Ruhe entgegen.

Viel Geschrei — und wenig Wolle!

Dem Hirsch-Dunderschen Textilarbeiterverbändchen erscheint die Krefelder Färbereibewegung offenbar als eine günstige Gelegenheit, um im Trüben fischen zu können. Im Wahlen und Hehen gegen unsere Organisation tanzt manche Hirsche den Genossen gleich. Der W.-Gladbacher Beamte des Verbändchens, namens Weber, besaß sogar die Unbesonnenheit, zu behaupten, wir könnten „keine ernstgemeinten Forderungen mehr stellen, noch Kämpfe gegenüber dem Kapital führen“. Natürlich ist dazu allein das Hirsch-Dundersche Verbändchen imstande. Betrachten wir uns dieses doch mal etwas genauer.

Die immense „Leistungsfähigkeit“ des Verbändchens wie auch die gewerkschaftliche Ueberzeugung und den „Opfergeist“ seiner Mitglieder kann man ermaßen am Beitragswesen. Von den 1908 vorhanden gewesenen 6107 Mitgliedern zahlten rund 2462 einen Beitrag von 5 und 10 Pfg. pro Woche. Selbst 1910 waren in diesen beiden Beitragsklassen immer noch 1433 Mitglieder vorhanden. Die übrigen Mitglieder zahlten 15, 20 und 25 Pfg. pro Woche. Zweimal nahm man auch Beitragsrückstellungen vor. Beide Male setzte sich der Opfergeist der „Hirsche“ im hellsten Lichte. Auf der Generalversammlung 1908 galt es, die wöchentliche Herausgabe des Verbandsorgans zu beschließen. Gewiß eine große, bedeutungsvolle Sache. Von der Ueberzeugung waren auch alle durchdrungen. Aber — dazu war eine Erhöhung des Beitrages um einen Pfennig pro Woche nötig. Das war nun doch allerschwer; ein solches Opfer bringt man doch nicht ohne weiteres. Allerlei Befürchtungen über Rebellion der Mitglieder, Mitgliederverluste u. dergl. wurden laut. Schließlich kam der Beschluß aber doch glücklich zustande. 1911 wurde der Beitrag wiederum mit 10 und 15 Pf. um 4 Pf. erhöht, zugleich aber auch wieder eine Erhöhung der Unterstützungen vorgenommen. Für die neubeitragenden männlichen Mitglieder über 17 Jahre wurde der Mindestbeitrag auf 25 Pf., für die weiblichen auf 20 Pf. festgesetzt. Die alten Mitglieder aber können ruhig auch fernerehin in den geringeren Klassen leben, von ihnen wird also ein geringeres Maß von Opferwilligkeit verlangt wie für Neubeitragende. Das spricht Bände!

Die Beiträge im Hirsch-Dunderschen Verbändchen sind also wesentlich niedriger wie bei den übrigen Organisationen der Textilindustrie. Darauf stützt sich auch die Spekulation der „Hirsche“. Sie spielen sich als „billiger Jakob“ auf. So erklärte noch auf der letzten Generalversammlung der Hauptkassierer Bierhub:

„Die Beiträge sind überall höher wie bei uns; wer bei uns austritt, muß in eine andere Berufsorganisation wieder hineingehen, wenn er nicht ganz verkommen will, und diese Organisationen sind, wie ich bereits sagte, teurer wie die unsere. Wir haben deshalb aus allen Bezirken Deutschlands Uebertritte zu uns zu verzeichnen.“

Dieser Ausspruch charakterisiert die ganze Agitationsweise des Hirsch-Dunderschen Verbändchens. Es spekuliert geradezu auf die in manchen Arbeiterkreisen noch herrschenden rüchlichen, die Aufwärtsentwicklung der Arbeiterschaft hemmenden Ansichten. Um Mitglieder, die auf solche Weise gewonnen werden, braucht man die „Hirsche“ wahrhaftig nicht zu beneiden.

Uebrigens vermochte den „Hirschen“ auch ihre „Billigkeit“ noch nicht in den Sattel zu helfen. Trotz ihres beinahe greisen Alters haben sie es bis Ende 1912 auf ganze 6225 Mitglieder gebracht. Der denkende Arbeiter tritt eben einer leistungsfähigen wirtschaftlichen Interessenvertretung und nicht einer Organisation bei, die in erster Linie Unterstützungsverein ist. Und das Hirsch-Dundersche Verbändchen ist vorwiegend Unterstützungsverein. Es zählte von 1905 bis einschließ-

lich 1910 an Arbeitslosen-, Reise-, Umzugs- und außerordentlicher Unterstützung 46463,26 M., an Streik- und Gemäßregeltenunterstützung aber nur 26900,30 M. aus. Demgegenüber gewährte unser Verband in der erwähnten Zeit an Streik- und Gemäßregeltenunterstützung 669413 M. und an sonstigen Unterstützungen 545691 M. Unsere Organisation legt also das Hauptgewicht auf die günstigeren Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, das Hirsch-Dundersche Verbändchen aber auf die Gewährung von hohen Notstandsunterstützungen. Die letzteren sind ja gut und schön, zum wirtschaftlichen Aufstieg des Arbeiterstandes aber vermögen sie wesentlich nicht beizutragen. Bezeichnend ist auch, daß die „Hirsche“ stets mit ihren Unterstützungsummen prahlen, eine Statistik über die erzielten wirtschaftlichen Erfolge (Lohnerhöhungen und dergleichen) aber nirgends zu finden ist.

Schon das bisher Gesagte zeigt, daß das Hirsch-Dundersche Textilarbeiterverbändchen als ernste wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter kaum in Betracht kommen kann. Die Einnahmen werden zum größten Teil durch das Unterstützungswesen aufgezehrt. Zur Führung wirtschaftlicher Kämpfe bleibt nur wenig übrig, noch weniger zur Steigerung des Vermögens. Und doch vermag eine Organisation nur dann dem geschlossenen Unternehmertum zu imponieren, wenn sie finanziell leistungsfähig ist und über eine starke Kasse verfügt. Dem suchte unsere Organisation stets Rechnung zu tragen. Sie wies Ende 1912 einen Vermögensbestand von 756038,42 M. auf. Wie aber steht's bei dem Hirsch-Dunderschen Verbändchen? Dieses hat sein Vermögen von 33408,65 M. im Jahre 1905 auf 42434,85 M. im Jahre 1912, also um ganze 9026,20 M. gesteigert, trotz der ganz geringen Ausgabe für Streik- und Gemäßregeltenunterstützung. Dabei ist noch zu beachten, daß der Großteil des Vermögens aus jener Zeit herrührt, die der Verbandsvorsitzende Goldschmidt auf der letzten Generalversammlung des Verbändchens wie folgt kennzeichnete:

„Es gab eine Zeit, in der betreffs der Streik-, Arbeitslosen- und Maßregelungenunterstützung keine andere Organisation an den Gewerksverein heran kommen konnte, in der die Gewerksvereiner von Lohnbewegungen fast ganz verschont wurden. Heute ist das anders, heute werden die Gewerksvereiner ebenso behandelt wie die andern Arbeiter, und daher erklärt sich auch die kolossale Steigerung der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung usw.“

Da wird das Verbändchen heute, wo es von den Unternehmern nicht mehr so gut behandelt und durch das Vorgehen der anderen Organisationen auch mal in Lohnbewegungen und Streiks verwickelt wird, noch weit weniger in der Lage sein, sein Vermögen zu steigern. Demgemäß aber wird es auch von den Unternehmern und deren Organisationen eingeschätzt werden. Und ein Beamter dieses nach jeder Richtung hin zur Ohnmacht verbannten Verbändchens hat den traurigen Mut, zu behaupten, unsere Organisation könnte keine Kämpfe mehr führen gegenüber dem Unternehmertum. Man sieht, an Phrasenhaftigkeit steht dieser Herr einem Genossenführer nicht nach.

Und nun noch ein Wort zur Haltung des Hirsch-Dunderschen Verbändchens im Krefelder Färbereistreik. Nach Dr. Max Hirsch, dem Gründer der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, bildet „der Interessenausgleich durch friedliche Verständigung, statt durch ausdauerndem, zerstörenden Kampf“, einen „fundamentalen Grundsatz“ der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, „auf dessen früheste Aufstellung und konsequente Festhaltung sie besonders stolz sein können“. Bei jeder Gelegenheit prahlen die „Hirsche“, diese ihre Ideen hätten sich die Arbeiterschaft erobert, ihre Grundanschauungen würden mehr und mehr anerkannt und dergleichen. Dabei hat das Hirsch-Dundersche Verbändchen selbst diesem seinem „fundamentalen Grundsatz“ gelegentlich der Krefelder Bewegung einen Fußtritt versetzt. Es hat die von bloßem Nachdenken und von purem Haß gegen unsere Organisation diktierte Taktik des roten Verbandes gutgeheißen. Großtuerisch erklärten die „Hirsche“ in einer auf ihrer Bezirkskonferenz vom 9. März gefaßten Resolution:

„Wenn der Verein auch nur mit einer kleinen Anzahl Kollegen an der Färbereibewegung beteiligt ist, so sind wir doch bereit, im Interesse der Färberei die von den Unternehmern Krefelds angedrohte Aussperrung anzunehmen.“

Als ob den tapferen Mannen was anderes übrig blieb! Im weiteren Verlauf der Bewegung haben denn auch die „Hirsche“ in trautem Verein mit den Genossen an den Verhandlungen und Beratsamungen unseres Verbandes, der eine ehrenvolle Verständigung einem ausfallslosen, „ausdauernden“, „zerstörenden“ Kampf vorzog, rechtlich teilgenommen. Dafür ernteten sie von den Genossen auch ein Lob, von denselben Genossen die ihre Zugehörigkeit bei Einleitung der Bewegung abgelehnt, den „Hirschen“ also den Stuhl vor die Türe gesetzt hatten.

Es läßt sich überhaupt die Manier der „Hirsche“ zu sein, den Fuß zu lassen, der sie getreten hat. Als 1905 bei einer Bewegung in Halle der sozialdemokratische Holzarbeiterverband die Hirsch-Dundersche Organisation ignorierte, da schimpfte „Die Hirsche“, das Organ des

Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins der Holzarbeiter, wie folgt:

„... Unsere Mitglieder haben leider, und dies nicht nur in Halle, den prozenhaften Ueberhebungen des Verbandes gegenüber viel zu lange gezaubert, die Ehre und das Ansehen ihrer eigenen Organisation zu vertreten. ... Unsere Mitglieder müßten ja wirklich keinen Funken Ehrgefühl mehr im Leibe haben, wenn sich dieselben noch länger eine derartige unwürdige Behandlung von seiten der Verbändler gefallen ließen.“

Dals darauf tat der sozialdemokratische Verband in Köln dasselbe, er machte die Bewegung allein. Der christliche Holzarbeiterverband lehnte ein blindes Nachlaufen ab und machte energig Front gegen den roten Terror. Da waren es die Mitglieder desselben Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins, die zwar in einer Resolution gegen ihre Nichtzugehörigkeit aufs „schärfste“ protestierten, im übrigen aber den Genossen tapfer nachliefen und die christlich organisierten Holzarbeiter, die gegen den roten Terror ankämpften, noch als „Verräter“ beschimpften.

Demgegenüber müssen wir allerdings zerknirscht gesehen, die Rolle des stummen Hundes, der sich stillschweigend das Fell über die Ohren ziehen läßt, vermögen wir nicht zu spielen, das überlassen wir andern. Wir wissen unsere Existenz zu wahren, nach unseren Grundsätzen zu handeln, auch dann, wenn es den Genossen und „Hirschen“ nicht gefällt. Wir haben den Mut und die Kraft dazu. Darum haben unsere Mitglieder auch Vertrauen zu uns. Eine Organisation aber wie das Hirsch-Dundersche Textilarbeiterverbändchen, das sich nur durch Unterbietung im Beitrags- und Ueberbietung im Unterstützungswesen sowie durch seine ausgeprochene Grundlosigkeit zu halten vermag, wird sich eine geachtete Position niemals zu erringen vermögen, weder gegenüber den Unternehmern, noch gegenüber den bestehenden Konkurrenzorganisationen.

Wer trägt die Schuld?

Das Wiener Schwurgericht hat den Essendehrer Paul Kunschak wegen Ermordung des Sozialdemokraten Schuhmeier zum Tode verurteilt. Die unselige Tat hat damit ihre Sühne gefunden. Nun wird in der sozialdemokratischen Presse behauptet, durch die Gerichtsverhandlung sei das Terrorismusmärchen, als ob Kunschak durch den roten Terror zu seiner unseligen Tat getrieben worden sei, gründlich abgetan worden. Das ist eine dreiste Fälschung der Tatsachen. Um einer Geschichtsfälschung vorzubeugen, lassen wir hier auf Grund stenographischer Aufnahmen der Zeugenaussagen die wichtigsten Ergebnisse der Verhandlungen folgen:

Paul Kunschak konfatierte zunächst, daß er am 21. Juni 1905 bei den Schulerwerken in Wien in Arbeit trat. Sofort wurde er von den Vertrauensmännern in schroffster Weise zum Beitritt zur roten Organisation aufgefordert und ihm bedeutet, daß er den Betrieb verlassen müsse, wenn er nicht beitrete. Nach eineinhalb oder zwei Stunden war Kunschak entlassen! Nun erstattete Kunschak gegen die beiden Vorkämpfer der Terroristen eine Erpressungsanzeige, der zufolge auch die beiden Vertrauensmänner zu einer Kerkerhaft verurteilt wurden. Mittlerweile war Kunschak bei der Firma Graf u. Stiff eingetreten. Nach der Verhandlung am 20. November, bei der die beiden Vertrauensmänner verurteilt wurden, hielten die Genossen eine Betriebsversammlung ab. Am anderen Tage sagte einer der Teilnehmer zu Kunschak:

„Die Leute haben beschloffen, mit Dir nicht zu arbeiten. Du mußt fort. Geh lieber selber; es ist schöner, als wenn Du so hinaus mußt.“

Kunschak tat das nicht, denn er wußte, daß nur einige Mann dem „freien“ Metallarbeiterverband angehörten. Aber der Chef entließ Paul Kunschak doch (am 23. Nov. 1905), und als dieser fragte, wer seine Entlassung verlangt habe, verweigerte derselbe die Antwort und sagte nur:

„Ich weiß, es sind nur 16 beim sozialdemokratischen Metallarbeiterverband. Aber wenn die mir die Arbeit stehen lassen, bedenken Sie, was das jetzt bei dieser Arbeit für mich bedeutet! Da entlasse ich doch lieber einen Arbeiter, bevor ich 16 verliere und mir die Fenster einschlagen lasse.“

Der als Zeuge vorgenommene Direktor der Firma Karl Graf bekräftigte, daß die Vertrauensleute die Entlassung Kunschaks verlangt haben, weil er der Gegenpartei angehöre, und daß sie mit der Arbeitseinstellung gedroht haben.

Am 13. August 1907 trat Paul Kunschak in der Maschinenfabrik „Lufkan“ ein. Er begann um 7 Uhr früh zu arbeiten. Nach einer Stunde legten die anderen Arbeiter die Arbeit nieder und erklärten, mit ihm nicht zu arbeiten. Die Vertrauensmänner gingen zum Werkstättenchef und daraufhin wurde Kunschak entlassen. Diese Aussage des Ingenieurs der Firma Franz Wedlich ergänzt der Betriebsleiter Johann Geyer damit, daß kein näherer Grund angegeben wurde, nur weil er christlich-sozial sei.

Am 14. August 1907 trat Paul Kunschak in die Maschinenfabrik Biewa u. Co. ein. Der damalige Hauptvertrauensmann Johann Weined sagte aus, daß in dem Momente, wo Kunschak in die Werkstatt getreten ist, die Arbeiter die Arbeit stehen gelassen haben. Er sei zum Werkmeister gegangen und habe ihm gesagt, sie arbeiten nicht, weil Kunschak eingetreten ist. Auf die Frage des Präsidenten, wie lange Kunschak in Arbeit war, antwortete der Zeuge: „Gar nicht. Das Ganze

hat sich vielleicht in zwei Stunden abgepielt." Derselbe Zeuge sagte auch dann noch, daß er schon in anderen Betrieben mit Paul Kunschak gearbeitet habe, daß er persönlich mit demselben, der ein ruhiger Mensch war, gut gefanden sei; jedoch waren die Arbeiter dort meist indifferent. Der frühere Werkmeister der Firma Josef Schmelt, erklärte auf die Frage nach dem Grund, warum die Arbeiter nicht mit Paul Kunschak arbeiten wollten: "Um den Grund habe ich nicht gefragt. Der Name Kunschak ließ es mir begreiflich erscheinen. Ich dachte, daß er christlich-sozial sei und aus diesem Grunde nicht geduldet wurde."

Der Verteidiger fragte den Zeugen dann: "Ist es vielleicht so richtig: Wenn er Zapletal geheißt hätte, hätte es keine Schwierigkeiten gegeben; aber weil sein Bruder ein bekannter christlich-sozialer Gegner ist, hat man ihn nicht wollen? Ist das nicht auch Vermutung bei Ihnen gewesen?" — Zeuge: "Ja. Nachdem diese Forderung gestellt war, habe ich vermutet, daß, weil er Kunschak heißt, die Abweisung auftrat."

Am 20. Januar 1911 trat dann Paul Kunschak bei der Kraftfahrzeuggesellschaft ein, und am 22. Januar fand schon eine Demonstration statt. Der Betriebsleiter Klein sagte über den Angeklagten und den Vorfall folgendes aus:

"Ich habe einen Dreher gebraucht, und habe in die Arbeitsvermittlung in die Kaiserstraße telephontert. Da wurde mir Paul Kunschak geschickt. Er war sehr tüchtig in seiner Arbeit, ich hatte mit ihm keinen Anstand und bin sehr zufrieden gewesen. ... Eines Tages war eine Demonstration. Etwa 30 bis 40 Leute haben sich vor der Fabrik versammelt, doch waren es nicht Arbeiter unserer Fabrik, sondern fremde Arbeiter, wahrscheinlich von der Firma Armbruster. Ich habe erfahren, daß die Demonstration dem Paul Kunschak gilt. Ich habe ihn auch verständigt und zu ihm gesagt, er soll bleiben bis sich die Demonstranten zerstreut haben. Paul Kunschak war sehr aufgeregt und sagte zu mir: 'Seh'n Sie, so ergeht es mir überall!'"

Er ist dann gegangen, während die Demonstranten die Fabrik umstanden, er wurde draußen jedoch nicht behelligt. Wahrscheinlich haben sie ihn nicht gekannt. — Der Vorsitzende bringt später auch ein Protokoll zur Verlesung, in dem die Aussage der Wachleute über die Demonstration steht. Diesen sagten die sozialdemokratischen Demonstranten, daß ihr Aufzug dem in dieser Fabrik aufgenommenen Paul Kunschak gilt, dessen Bruder ein christlich-sozialer Parteiführer ist.

Paul Kunschak erklärte auch, daß die Firma auch vom Metallarbeiterverband telephonisch angerufen wurde. Hierauf gab der Zeuge folgende Antwort: "Ich wurde angerufen und man verlangte, ich soll Paul Kunschak entlassen; ob der Ruf wirklich vom Metallarbeiterverband erfolgte, kann ich nicht sagen. Das kann man ja beim Telefon nicht wissen." — Präsident: "Wer hat sich gemeldet?" — Zeuge: "Ein Name wurde nicht angegeben. Es wurde nur gefragt, ob Paul Kunschak bei uns in Stellung sei. Ich antwortete: 'Ja, er ist bei mir. Warum fragen Sie?' — Weil dieser Mann in keine Fabrik hineinpaßt." — Präsident: "Was vorausgegangen ist, wissen Sie nicht?" — Zeuge: "Nein, — Angeklagter: Bitte, Herr Klein, Sie haben mir gesagt, Sie sind angerufen worden, und es hat sich jemand gemeldet: 'Hier Österreichischer Metallarbeiterverband.' Ich kann hier den Ruf nicht wiedergeben, den Sie als Antwort gegeben haben. — Präsident: Warum nicht? — Angeklagter: Weil es sich nicht schickt. — Präsident: Sagen Sie es nur! — Angeklagter: Herr Klein hat hineingerufen: 'Das geht Sie einen Dreck an!' Sie haben mir dann weiter gesagt, Sie haben sich Zeugen genommen und den Metallarbeiterverband angerufen und nochmals gefragt. — Präsident: Was ist Ihnen geantwortet worden? — Zeuge: Es sei eine Mystifikation gewesen."

Am 25. November 1911 trat Paul Kunschak in der Metallwarenfabrik Hübler u. Mayer ein. Als er um 7 Uhr früh eintrat, fragte ihn ein Arbeiter um seinen Namen; als er seinen Namen nannte, habe er allein bei seiner Drehbank gestanden und die übrigen Arbeiter hätten den Arbeitsraum verlassen. Der Werkmeister Johann Gaußer sagte aus, einige Zeit später sind alle Arbeiter von den Drehbänken weggegangen und Kunschak ist allein geblieben. Ich glaube, es sei ein Unfall geschehen. Ich habe mich um den Grund erkundigt, aber kein Arbeiter gab mir Antwort. Da hörte ich den Ruf: "Kunschak!" Jetzt ist es mir begreiflich geworden. Ich dachte gleich, daß dies der Bruder des christlich-sozialen Abgeordneten sein könne, und fragte Kunschak, ob er organisiert ist; er sagte: "Nein." Ich sagte ihm nun, er müsse sich um einen anderen Posten umschauen.

Was unter der Bezeichnung "organisiert" zu verstehen ist, ging auch deutlich aus der Aussage des Vertrauensmannes Thalhammer hervor. Auf die Frage des Präsidenten, ob in der Fabrik lauter Sozialdemokraten sind, antwortete der Zeuge: Ja, bei uns sind lauter organisierte Leute.

Alle diese Feststellungen, die vor Gericht gemacht wurden, zeigen deutlich, daß von sozialdemokratischer Seite ein geradezu unerhörter Terrorismus gegen Paul Kunschak inzentert war. Es ist notwendig, dies festzustellen, weil die rote Presse allerorts glauben machen will, daß es keinen Terrorismus gebe. In einzelnen Blättern haben sie sogar die Kühnheit geübt, zu schreiben, daß Paul Kunschak gar nicht terrorisiert worden sei.

Die Tat Paul Kunschaks bleibt verwerflich und niemand wird sie entschuldigen oder beschönigen wollen. Der Prozeß hat aber in einer durchaus einwandfreien Weise dargetan, daß die Sozialdemokraten mit dem brutalsten Terrorismus gegen alle andersdenkenden Arbeiter losgehen. Die "Königliche Zeitung" (21. Mai 1913) hat den Kern dieser Tragödie richtig getroffen, als sie schrieb: "Ohne den sozialdemokratischen Terrorismus wäre Paul Kunschak nicht zum Verbrecher geworden."

Christlich-nationale Arbeiterschaft und das Regierungsjubiläum des deutschen Kaisers.

Der deutsche Kaiser hat bekanntlich schon vor längerer Zeit den Wunsch ausgesprochen, daß persönliche Geschenke gelegentlich seines Regierungsjubiläums ihm nicht gemacht, dafür vielmehr je eine Sammlung unter den Angehörigen der beiden großen Religionsgesellschaften für die evangelischen und katholischen Missionen durchgeführt werden solle. Den deutschen Städten und Gemeinden wurde nahegelegt, daß etwaige vorgesehene Aufwendungen bei dem bezeichneten Anlaß sozialen Fürsorgezwecken zugewendet werden sollen. Das ist denn auch geschehen. Die Jubiläumsfeierlichkeiten, die in den Tagen vom 14. bis 16. Juni sich abwickelten, bestanden daher in der Hauptsache darin, daß seitens der verschiedensten Gruppen dem deutschen Kaiser unzählige Glückwünsche und Adressen überbracht wurden. Auch die christlich-nationale Arbeiterschaft war unter den Deputationen vertreten, die im Berliner Kaiserhof die Glückwünsche überbrachten und die Adressen überreichten. Neben dem Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine und dem Kartellverband der katholischen Arbeitervereine ließ auch der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften eine künstlerische Adresse herstellen. Die Ueberreichung der drei Adressen erfolgte durch eine Deputation, die sich aus den beiden Vorsitzenden des Deutschen Arbeiterkongresses, Behrens und Stegerwald, und den Herren Pastor D. Weber (M.-Glabach), Bärn (Frankfurt), Dr. Piepers und Giesberts (M.-Glabach) zusammensetzte.

Die Adresse des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften macht äußerlich einen einfachen, aber gebiengen Eindruck. Die Wappe ist mit einem schweineledernen Bezug versehen, der auf der vorderen Seite durch eine zirka 15 Zentimeter (Durchmesser) große Rindeleinlage unterbrochen ist. Auf dieser ist in hochgelegter Lederschmittarbeit ein Lorbeerzweig mit der Zahl 25 angebracht. Ueber der tiefstehenden Einlage ist eine silberne Kaiserkrone aufgelegt. Im Innern der Wappe ist auf der linken Seite eine allegorische Darstellung und auf der rechten Seite der Schriftsatz der Adresse angebracht. Beide Seiten sind in flotter Aquarellmanier mit leichten Farben ausgeführt. Die Abbildung auf der linken Seite zeigt im Hauptfeld einen herkulisch gebauten Arbeiter, der in der rechten Hand einen schweren, mit den Landesfarben geschmückten Hammer hält und mit der linken Hand einen Silberkranz darreicht. Das Fundament, auf dem er steht, bilden eine Menge Pfähle, die durch einen starken eisernen Ring zu einem festen Block zusammengehalten werden. Eine Inschrift auf dem Ring lautet: "Einig, Christlich, National. Das Ganze ist von einem wildbraunenden Meer umgeben, dessen Wogen an dem Pfahlblock zerschellen. Wie der Pfahlblock den Zusammenschluß der einzelnen Berufsverbände im Gesamtverband zum Ausdruck bringt, so verkörpert die markige Arbeiterfigur die deutsche Arbeit, die auf christlich-nationalem Boden steht. Wenn auch die Wogen einer ankämpfenden Welt sie rings umgeben und die brechenden Wellen drohend zu ihr emporzischen, sie hat einen festen Halt gegen die Anstürme von allen Seiten in dem unerschütterlichen Fundament der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Hoch aufgerichtet, den Blick in die Ferne gewandt, steht sie da, eine mächtige Erscheinung, die ihrem obersten Landesherrn zum Jubelfeste den Silberkranz darbietet. Die ganze Darstellung ist von der aufgehenden Sonne beleuchtet, die ein eigenartig reizvolles Farbenspiel hervorruft. Unter dem Hauptfeld ist auf dunklem Grund in Silber die Ziffer 25 angebracht. Um sie herum befinden sich zwei mit Früchten und vollen Wehren reich beladene Füllhörner. Darunter, als Flachornament behandelt, der Reichsadler mit der Inschrift: "I. R. W. II.". Diese Zusammenstellung will hinweisen auf den 25 jährigen Frieden und die unentwegte Entwicklung unseres Vaterlandes während der Regierung des jetzigen Kaisers Wilhelm II. Die rechte Seite zeigt auf einer im Halbton gehaltenen Blätterumrahmung, in origineller Art dargestellt, die Embleme der einzelnen Berufsverbände. Den Kopf des Randes ziert eine farbenprächtige Wiedergabe des Schlosses Hohenzollern. Auf leichtgeprägtem Untergrunde ist in moderner Steilschrift der Text der Adresse eingezeichnet. Derselbe lautet:

"Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser! Allergnädigster Kaiser, König und Herr!"

Em. kaiserlichen königlichen Majestät nähern sich die Vertreter von 36000 in den christlich-nationalen Gewerkschaften organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen mit den aufrichtigsten Glückwünschen zu Allerhöchst Ihrem Jubelfeste.

Das Vierzehnhundert Allerhöchst Ihrer Regierung bedeutet für das deutsche Wirtschaftsleben einen Zeitabschnitt ungeahnt glänzender Entwicklung. Unter Em. Majestät Friedensepochen feierte die deutsche Arbeit gewaltige Triumphe auf dem Kampffeld des Weltmarktes. Getragen von dem steigenden Wohlstand und Vaterlande entsfalteten sich Erfindungsgeist und Kunstsinne, um in zäher, erfolgreicher Ringen den heimischen Erzeugnissen einen bedeutenden Platz in den Ländern und auf den Meeren des Erdballs zu sichern. Neben diesen großen Errungenschaften einhergehend ist unter Em. Majestät Regierung auch der Lage der wirtschaftlich Schwächern stets warme Sorgfalt zugewandt worden. Ganz besonders schätzen es die christlich-national gestimmten Arbeiter, daß ihnen die Gesehgebung behilflich ist, wenn durch Krankheit, Invalidität und Alter die Kraft zu eigenem vollem Schaffen versagt. Die in den christlich-nationalen Gewerkschaften vereinigten Arbeiter und Arbeiterinnen halten unverbrüchlich an der Ueberzeugung fest, daß in entscheidenden Fragen alle Glieder des deutschen Volkes, ohne Unterschied ihrer sozialen Stellung, geschlossen zusammenstehen müssen. Sie werden wie seither so auch in der Zukunft zu ihrem Teil daran mitwirken, daß die Freude am deutschen Vaterland und die Treue zu Kaiser und Reich auch in der deutschen Arbeiterschaft sich ständig mehrt.

So ersehen wir am heutigen Jubeltage auf Em. Majestät und das gesamte Kaiserhaus Gottes reichsten Segen, auf daß noch viele, viele Jahre lang Em. Majestät reger Geist und entschiedener Wille das deutsche Volk durch alle staatlichen sozialen Fährnisse hindurch zu weiterer arbeitsfroher Wirksamkeit geleiten möge.

Em. kaiserlichen königlichen Majestät alleruntertänigster treuegehorsamster Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Erfolge des internationalen Arbeiterschutzes.

Ueber die Bestrebungen und Erfolge des internationalen Arbeiterschutzes sprach in der Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für soziale Reform Prof. Dr. E. Franke, der Herausgeber der "Sozialen Praxis": nachdem er einleitend auf die englischen Bestrebungen zum Schutz der Arbeiter eingangs des vorigen Jahrhunderts hingewiesen und auf die vergeblichen Versuche, auch die Regierungen anderer Länder dafür zu interessieren, besprach er die ersten praktischen Versuche um die Wende der vierziger und achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Damals beschloß der große Rat des Kantons Glarus auf Veranlassung des Obersten Frey, die Eidgenossenschaft um Einberufung einer internationalen Konferenz zu ersuchen, die sich mit dem Arbeiterschutz befassen sollte. Es dauerte aber zehn Jahre, ehe die Einladung erging, die indessen zurückgezogen wurde, da Kaiser Wilhelm II. durch Erlass vom 4. Februar 1890 zu einer internationalen Konferenz nach Berlin einlud, die im Frühjahr desselben Jahres von allen europäischen Staaten mit Ausnahme Rußlands und der Balkanstaaten beschickt wurde. Die Konferenz unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Berlepsch zeitigte keine praktischen Erfolge, hat aber dem nationalen Arbeiterschutz starke Impulse gegeben. Private Besprechungen der Teilnehmer an der antiken Konferenz führten im Jahre 1897 zu Konferenzen, die fast gleichzeitig in Zürich und Brüssel stattfanden.

In Zürich traten die Organisationen der Arbeiterschaft der Kulturwelt ohne Unterschied der Parteien oder der Konfessionen zusammen und beschloßen, ein internationales Arbeitsamt zum wissenschaftlichen Studium des Arbeiterschutzes zu errichten. In Brüssel tagte der Kongress für Arbeitsgesetzgebung, auf der aber Vertreter von Belgien und Frankreich sich gegen das Einschreiten des Staates aussprachen, so daß Beschlüsse nicht gefaßt wurden. Aber die größere Mehrheit mit Männern wie Adolf Wagner, Schmöller, Sombart, v. Berlepsch und Philippowitsch beschloß, weitere Schritte zur Gleichstellung des Arbeiterschutzes zu tun. Für jedes Land wurden Sektionen begründet, die deutsche 1899, und ein internationaler Kongress für Arbeiterschutz 1900 in Paris zusammenberufen, auf dem sieben Länder und auch einige Regierungen vertreten waren. Es wurde auf ihm die internationale Arbeiterschutzvereinigung definitiv begründet, die 1901 ein internationales Arbeitsamt begründete. Gleichzeitig wurde an die praktische Arbeit gegangen und die gründliche Erörterung von Einzelfragen in die Hand genommen, um durch Staatsverträge diese zu regeln. Es waren zunächst der Kampf gegen die gewerblichen Gifte, die Frage der Frauenarbeit und die Stellung der Ausländer in der Versicherungsgesetzgebung. Grande schildert die Art der Arbeit, die schließlich zur Einberufung zweier Konferenzen führte. Das Arbeitsblatt besitzt eine Bibliothek, gibt ein Bulletin heraus und hat durch Abgabe von Auskünften und Druckschriften die Arbeit der Landessektionen, deren Zahl bald von 7 auf 15 stieg, gefördert. Auch die Regierungen, von denen auf dem letzten Kongress 24 vertreten waren, unterstützten das Arbeitsamt durch Beihilfen, Deutschland mit 8000 Mk.

Eine große Reihe von Fragen wurde bearbeitet, von denen das Verbot der Verwendung von Phosphor für Zündhölzer von den meisten Kulturstaaten der Welt auf der Staaten-Konferenz in Bern 1905 angenommen und durchgeführt wurde. In den Vereinigten Staaten, wo der Arbeiterschutz den einzelnen Bundesstaaten obliegt, wurde der Import und Export phosphorhaltiger Zündhölzer verboten und eine sehr hohe, prohibitive wirkende Steuer auf Phosphorstreichhölzer von Bundes wegen gelegt.

Das Verbot der Frauennachtarbeit wurde 1906 durch Verträge ausgesprochen, denen sich allmählich die zuerst differenzierenden Staaten wie Schweden und Dänemark, wo sich die Frauen gegen das Verbot sträubten, angeschlossen.

Neuerdings hat man die Bekämpfung der Blaisefahren in Angriff genommen, die sehr schwierig ist, da geeignete Gasmittel noch nicht gefunden sind. Aber Einschränkungen der Verwendung von Blei sind schon für das Maler- und Lackergewerbe durchgeführt und müssen namentlich für die Bleisäuren in der Zäpferei angeordnet werden. Unter Mitarbeit des Berliner Arztes Professors Sommerfeld und von Reiterungsrat Fischer-Limborg wurde eine Stelle aufgestellt, die über die Verwendung des Bleies in den verschiedenen Gewerben etc. Auskunft gibt. Weitere noch zu bearbeitende Gebiete sind das Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche, der Zehnstunden-Maximalarbeitszeit für diese und Frauen und die Heraushebung des Schulalters für Jugendliche auf 18 Jahre. Ueber diese Frage wird im Herbst eine Konferenz beraten und hoffentlich internationale Verträge abschließen. Auch für Männer muß der Zehnstundenarbeitszeit angeordnet werden, zum mindesten für ununterbrochene Betriebe mit langer Wechselzeit, wie die Großindustrie und die Glasindustrie bei der eine Wechselschicht von 24 Stunden mit einem 24 stündigen Ruhetag erforderlich ist.

Kindarbeit, die Regelung der Heimarbeit mit Lohnmännern, die rechtsverbindliche Mindestlöhne festsetzen, das Studium der andern Berufs- und Gewerkerkrankheiten (wie der Bournfrankheit der Tunnel- und Bergarbeiter, der Caissontkrankheit) eine vergleichbare Statistik der gewerblichen Krankheiten, die Anzeigepflicht derselben, die Sonntagsruhe, Arbeiterurlaub, Wohlfahrtskassen, Trinkverbot, Lohnabzüge, endlich eine Statistik der Gewerbeaufsicht sind Punkte, die der internationalen Regelung dringend bedürfen. Für die Regelung der letzten Frage wird im Herbst in Bern eine Konferenz zusammentreten, an der sich auch Deutschland beteiligen wird.

Eine indirekte Folge der Bestrebungen ist der Abschluß von Verträgen zwischen einzelnen Staaten, um eine völlige Gleichmäßigkeit des Arbeiterschutzes und der Versicherung herbeizuführen, die auch durch einzelne Handelsverträge gewährleistet wird. Jedenfalls geht aus diesen Ausführungen hervor, daß die Bestrebungen auf internationalen Arbeiterschutz nicht nutzlos gewesen sind. Rückständige Staaten wurden zu Fortschritten

gezwungen und fortgeschrittenere zu immer weiteren Maßnahmen angepornt. Der Nutzen liegt nicht nur auf Seiten der Unternehmer, denen eine Konkurrenz der minder vorge-

Allgemeine Rundschau.

Ein Urteil über die Streiktaktik des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Wir haben wiederholt betont, daß sich das Vorgehen des genannten Verbandes im Krefelder mit gewerkschaftlichen Motiven nicht begründen läßt, daß dieses Vorgehen im Gegenteil einen Verrat an den wohlverstandenen Interessen der Arbeiterschaft bildet.

Diese Zahlen drücken auch ein Stück gewerkschaftlicher Erziehungsarbeit aus. Es ist großen Teilen der Arbeiterschaft beigebracht worden, daß der Streik nur als letztes Mittel im wirtschaftlichen Kampf Anwendung finden darf, wenn sich die Arbeiter ansonsten nicht selbst große Schädigungen zufügen wollen.

Das ist, wie gesagt, eine glänzende Rechtfertigung unseres Standpunktes. Was aber kommt bei einer derartigen Taktik, wie sie der rote Verband in Krefeld eingeschlagen hat, für die Arbeiterschaft heraus? Hören wir, was hierüber der Bericht auf Grund eigener Erfahrungen spricht:

Trotz der allgemeinen Besserung hatten wir auch in der Berichtsperiode Streiks zu verzeichnen, die besser unterblieben wären. Wir hatten immer noch eine Anzahl Streiks, durch welche die Beteiligten mehr zu eringen hofften, als ihnen der Unternehmer vor Ausbruch des Streiks zugehört. Sie endeten meistens zu Ungunsten der Arbeiter, das heißt, es wurde nicht mehr erreicht, als schon vorher errungen worden war.

Da erhält der sozialdemokratische Textilarbeiterverband also von der eigenen Bruderorganisation — wenn auch unbeabsichtigt — bescheinigt, daß er durch seine Taktik bei der Krefelder Färbereibewegung die Interessen der Arbeiterschaft mit Füßen getreten hat. Darüber vermag all sein Geschimpfe und Gelobe nicht hinwegzutäuschen.

Jugendschutz in der Textilindustrie. Es gibt wohl keinen Industriezweig, welcher soviel jugendliche beschäftigt als gerade die Textilindustrie. Fanden doch in unserem Gewerbe im Jahre 1912 fast 85 000 jugendliche Beschäftigung und Brot. Gewiß eine große Zahl, welche uns die Verpflichtung auferlegt, der Jugendfrage die größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Um nun diese jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung zu schützen, wodurch ja in erster Linie der Zukunft unseres Volkes gedient ist, hat der Staat gewisse Schutzvorrichtungen erlassen. Interessant ist es nun, die Gewerbeinspektionsberichte auf die Durchführung dieser Schutzvorrichtungen hin zu prüfen, wobei wir unbedingt zu der Ansicht kommen müssen, daß in bezug hierauf noch lange kein idealer Zustand vorhanden ist. Obwohl in fast allen Gewerbeinspektionsberichten die ermittelten Zuwiderhandlungen eine absteigende Tendenz aufzuweisen, sind die Büssen in einzelnen Bezirken doch noch sehr hoch, während die verhängten Strafen äußerst niedrig sind.

Weiter geht aus den Berichten hervor, daß die Neigung zur Zusammenlegung der Pausen der jugendlichen mit denen der Erwachsenen immer mehr zutage tritt. Dies mag in einzelnen Industriezweigen im Arbeitsprozeß wohl von Vorteil sein; ob es aber in gesundheitlicher Beziehung von Vorteil ist, ist eine andere Frage, weil oftmals auch damit eine Verkürzung der Pausen verbunden ist. Besonders klagen fast alle Berichte darüber, daß in bezug auf Beschaffung von Aufenthaltsräumen für die jugendlichen bei schlechter Witterung viel zu wenig geschehen sei, während andererseits auch wohl durch Lieferung von Turngeräten für die Unterhaltung der Jugend gesorgt wird, wodurch naturgemäß von selbst wieder auf die Einhaltung der Pausen hingewirkt wird.

Sollten nicht auch die Gewerkschaften darauf hinwirken können, daß die Einhaltung der Schutzvorschriften eine immer größere wird? Wir wollen die Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten gewiß nicht unterschätzen, das wäre verfehlt, aber die praktische Erfahrung lehrt es doch, daß oftmals ein in einer gut besuchten Versammlung gehaltener Vortrag über diese Materie eine weit größere Wirkung zu verzeichnen hat als eine Kontrolle durch die Beamten. Ferner muß die Gewerkschaft auf die Eltern einzuwirken suchen, dieselben mit den Schutzvorschriften und deren Wichtigkeit bekannt zu machen suchen, damit sie nicht, wie es oft vorkommt, ihre Kinder veranlassen, wenn die Lust rein ist, wie man so oft sagt, die Schutzvorrichtungen außer acht zu lassen. Manche Eltern wissen die Wichtigkeit der Schutzbestimmungen für das heranwachsende Menschengeschlecht gar nicht zu würdigen. Doch hat gerade unsere Textilarbeiterchaft alle Veranlassung, diesem die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, weil gerade sie für die einzelnen Krankheiten sehr empfänglich ist und nachgewiesenermaßen ganz besonders für Lungentrantheiten.

„Berliner“ Fachabteilungen oder christliche Gewerkschaften? Die Ruhmredigkeit der „Berliner“ steht in einem umgekehrten Verhältnis zu der Entwicklung ihrer Bewegung. Wir haben kürzlich noch an Hand der Einnahmen des Verbandes „St. Berlin“ den Krebsgang der „Berliner“ gezeigt. Nimmt man sämtliche

Kassen — Verbandskasse, Verbandsbezirkskasse, Männerberufskasse, Frauenberufskasse, Kasse der beruflichen Fachabteilungen und Jugendkasse — zusammen, dann ergeben sich tatsächliche Einnahmen für das Jahr 1909: 878 381 Mark; 1910: 867 012 M.; 1911: 774 140 M.; 1912: 746 732 M. In einem noch stärkeren Verhältnis sind die Gesamtausgaben gefallen.

Wenn man die beruflichen Fachabteilungen für sich allein herausgreift und die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften damit in Parallele stellt, dann wird das Bild für die Fachabteilungsrichtung besonders niederschlagend. In den letzten vier Jahren hatten die beiden genannten Organisationsrichtungen an Einnahmen und Ausgaben zu verzeichnen:

Table with 5 columns: Jahr, Christliche Gewerkschaften (Einnahmen, Ausgaben), Kathol. Fachabteilungen (Einnahmen, Ausgaben). Rows for years 1909, 1910, 1911, 1912.

Der Vermögensbestand der christlichen Gewerkschaften betrug Ende 1911 7 Mil. M. und ist im vergangenen Jahr auf 8 1/2 Mil. M. gestiegen. Der Vermögensbestand der Fachabteilungen betrug dagegen Ende vergangenen Jahres nur 177 000 M. Legt man der tatsächlichen Einnahme der Fachabteilungen an Mitgliedsbeiträgen einen Durchschnittswochenbeitrag von 30 Pfg. zugrunde — für Gewerkschaftsaufgaben gewiß ein sehr niedriger Beitrag —, so ergibt sich daraus, daß die Berliner Fachabteilungen keine 10 000 Mitglieder haben; gegen 350 000 Mitglieder der christlichen Gewerkschaften.

„Bescheidenheit ist eine Tugend...“ Die Berliner Fachabteiler aber denken auch: „Doch weiter kommt man ohne ihr“. Das geht aus dem Geschäftsbericht hervor, den ihr geistlicher Leiter, Herr Lizentiat Journella, auf dem letzten Delegiertentag erstattet hat. Der Bericht will mit „Tatsachen und Zahlen“ den „Beweis“ erbringen, daß die katholischen Fachabteilungen „mindestens ebenbürtig, wenn nicht besser als jede andere Arbeiterorganisation die Interessen der Arbeiter zu wahren imstande sind“.

- 1. Eine Lohnbewegung wurde auch auf der Chamottefabrik in Oberlahnstein geführt, wobei für etwa 60 unserer Mitglieder... eine Lohnaufbesserung bis zu 4 M. erzielt wurde.
2. Die Bauarbeiter im Stadt- und Landkreis Koblenz sowie in Ober- und Niederlahnstein erhielten kraft des Tarifvertrages von 1910 eine Lohnerhöhung von 3 Pfg. die Stunde.
3. In Breslau und Umgebung erhielten die Bauarbeiter laut dem im Jahre 1910 abgeschlossenen Tarifvertrag eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. die Stunde.
4. Die Maurer und Zimmerer in Duppeln erhielten im Berichtsjahr auf Grund des im Jahre 1910 abgeschlossenen Tarifs eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. die Stunde.
5. Die Maurer und Zimmerer in Reiffe erhielten laut Tarifvertrag von 1910 vom 1. April ab eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. die Stunde sowie einen Lohnzuschlag von 25% bei Überstunden und 50% für Nacht-, Sonn- und Festtagsarbeit.
6. Im Bezirk Mayen erhielten die in der Bleistiftindustrie beschäftigten Arbeiter 70 bis 80 M. Mehrverdienst im Jahre, die Lustfänger 100 M. In der vergangenen Woche wurde ein sehr günstiger Tarif für 3600 Arbeiter auf drei Jahre abgeschlossen.

Wegemüde.

Ich hab den Weg verloren, Er ist verweht, verschneit. Ich bin des Wanderns müde Und hab doch noch so weit. Ich hab den Weg verloren, Jetzt weiß ich nicht mehr, Und darf doch keinem sagen, Daß ich so müde bin.

Grete Filling.

Bei Mutter Bergler.

Sie wollten Neuzüger kennen lernen... Solche nämlich, die in Arbeiterfamilien groß geworden sind, deren Leben von harter Arbeit und Sorge erfüllt war. Da gingen wir ins Großstadtmiethaus zu Mutter Bergler. Auf das Klöpfen antwortete die mir bereits bekannte Frauenstimme. Nach der gegenseitigen Begrüßung rückte ich auch sofort heraus: „Mutter Bergler, wie geht es Ihnen und wie ist es mit Ihrer Tochter Maria?“ Und gleich an diese Fragen anschließend, hat ich: „Darfste ich eben auch zwei Fräulein herbeirufen? Sie haben mich hierher begleitet und sehen brauchen an der Treppe.“

Sam morchen, harten Sofa, das sich knapp an Tisch und Wand hingog, hatte sich bei meinem Eintritt Mutter Bergler erhoben. Das hatte sie nur mühsam getan — weil die Füße den Dienst nicht mehr taten. Im übrigen aber war die alternde Frau noch interessant zu sehen und noch mehr — zu hören.

Meiner ersten Frage hatte sie nicht sonderlich viel Beachtung geschenkt. Aber von ihrer Tochter Maria erzählen, das tat sie gern, sehr gern. Und ganz eifrig war sie bei der Sache.

Was doch Mutter Bergler ihren drei Besucherinnen nicht alles zu sagen wußte! Ihre Maria hatte einen Unfall erlitten. Unheimlich schnell war es gegangen, daß ein Weibschädel in seiner vollen Blüthe ihr an die Wange slog. Gerade mit der eisernen Spitze schlug er an. Ob ein Knochen zerbrach, die Hirnblase beschädigt blieb, wer konnte das gleich ermessen? Die Tochter hatte wochenlang schreckliche Schmerzen. Nur flüssige Nahrung konnte sie nehmen. Beim Sprechen den Unterkiefer zu bewegen, war der Kernstein nicht möglich.

Und kein Mittel wollte Erleichterung bringen! Da schritt der Arzt zur Operation. Eine kleine Besserung war das Resultat. Verschiedene Mittel halfen nach. Da war Maria auch schon bald wieder zum Arbeiten bereit. War sie schon voll arbeitsfähig?

Das erwiesen die paar Tage, die sie zur Weberei ging. Soweit die Stühle alle in Bewegung waren, kamen böse Kopfschmerzen. Alle Tage traten sie stärker auf. Abends war es am schlimmsten. Da überzog Leidenblässe das Gesicht der Bedauernswerten.

Der Hausarzt erkannte, daß Maria in der Weberei nicht mehr arbeiten konnte. „Andere Arbeit möchte sie haben!“

Aber vorerst mußte die Berufsgenossenschaft für den Unfall aufkommen. Sie tat es — aber wie?

Auf Erwerbsunfähigkeit lautete das Zeugnis des Hausarztes. Ganz anders die Gutachten der beiden Ärzte, welche Maria durch die Berufsgenossenschaft angeworben wurden.

Mutter Bergler sagte wörtlich: „Wie oft hat Maria zur Unternehmung laufen müssen! Und was hat sie alles ausgehalten! Gewaltfam wurde der Unterkiefer bewegt; dann bekam Maria einen Schädel-

verschieben, mit dessen Hilfe der Mund aufgesperrt werden konnte. Das ist zwar nicht angenehm gewesen. All das wäre noch zu ertragen gewesen — aber wie haben die Ärzte das Mädchen oft angefahren! Vom Kopfweh sagten sie eben, „es wäre Schwindel“. Eines sagte es Maria ins Gesicht: „Sie verstellen sich nur!“

Ihre Tochter gegen diesen schweren Vorwurf in Schutz nehmend, fuhr Mutter Bergler weiter fort: „Ach, diese Ärzte! Sie haben kein Verständnis, kein Mitleid, und mit einer Arbeiterin tun sie gerade, was sie wollen. Sonst hätten sie doch nicht frei gesagt, Maria verstellte sich! Und meine Tochter hat doch sechzehn Jahre in der Weberei gearbeitet. Ja, wenn sie hätte weiter wirken können, so würde sie es doch lieber getan haben, als sich von den Ärzten schikanierten zu lassen! Und was ist zuletzt gewesen? Die Berufsgenossenschaft hat auf eine Unfallrente von 8 Mark pro Monat erkannt. Was ist das auch“, jammerte das Mütterchen, „im Vergleich zum früheren Verdienst meiner Tochter?“

Ein starkes Mißtrauen gegen die Ärzte sprach aus diesen Worten.

Ich mußte sogar für diese Partei nehmen. Aber all meine Gründe zu deren Rechtfertigung, wie vorkommende Simulation, Sachverständigenurteil, prozentweise Festsetzung der Erwerbsunfähigkeit und der entsprechenden Rente bei Unfall — ließ die Frau nicht gelten.

„Mit armen Leuten tut man, was man will, und ein armes Mädchen wird nur schikaniert!“

Gerne hätte ich bemerkt, daß Maria einen Vertreter ihrer Angelegenheit — bis zum Reichsversicherungsamt in Berlin — hätte haben können, wenn sie nur organisiert gewesen wäre.

Aber Mutter Bergler erzählte immer weiter. Viel Erfahrung habe sie gesammelt! Wie hat es ihr doch selbst ergangen. Vor vielen Jahren kam sie hierher; da gab's nur wenig kleine Häuschen, wo jetzt die Mietskasernen und Fabriken sind. Es war ihr Mann in einer Brauerei beschäftigt. Die Familie hatte ihr Auskommen. Die Kinder gingen nicht in Lumpen gekleidet, wie manch andere dieses Stadtteils. Die Frau hielt alles proper und nett. Das Glück aber ging bald zu Ende. Denn der arbeitame Mann starb schnell und viel zu früh...

Man beachte: all diese Angaben sind so gehalten, als ob die Fachabteilungen diese Bewegungen geführt und ihnen diese Erfolge zu verdanken seien. Tatsächlich ist das weiter nichts wie eine grobe Fälschung der eigenen Anhänger und der Öffentlichkeit. Beteiligt waren die Fachabteilungen lediglich bei den Bewegungen unter 1 und 6. Und selbst hier waren sie vollständig einflusslos. Die Erfolge wären auch ohne die „Berliner“ mindestens ebensogut und in der selben Höhe erzielt worden.

Bei den übrigen Bewegungen aber waren die „Berliner“ überhaupt nicht beteiligt. Es handelt sich da um Tarifverträge, die lediglich zwischen dem christlichen Bauarbeiterverband und den sozialdemokratischen Organisationen des Baugewerbes einerseits und den Unternehmern andererseits abgeschlossen worden waren. Mag sein, daß die Unternehmer auf Bitten der Fachabteilung nachträglich die schriftliche Zustimmung gaben, daß der Tariflohn so gut wie für die Unorganisierten auch für die paar Mitglieder der Berliner Fachabteilung bezahlt wird. Aber zwischen diesem und den Behauptungen der „Berliner“ ist denn doch ein himmelweiter Unterschied. Die wenigen Fachabteiler hätten diese Zulagen auch erhalten, wenn sie nicht im Berliner Verband gewesen wären.

So sehen die „Erfolge“ der „Berliner“ aus. Und Leute, die derart mit der Wahrheit umspringen, wollen sich uns gegenüber als Sittenrichter aufspielen! Uebrigens werden die Führer der Fachabteilungen ihren galvanisierten Reichtum nicht zu wirklichem Leben erwecken. Die Fachabteilungen sind und bleiben ein totes Gebilde.

Tagegelde für Schöffen und Geschworene. Der Reichstag hat in zweiter Lesung den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen angenommen. Der Entwurf sieht vor, Vergütung der Reisekosten und Gewährung von Tagegeldern. Diese dürfen nicht zurückgewiesen werden. Ueber den Gesetzentwurf führte der Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Visco aus:

Nach dem bisherigen Rechte erhalten Schöffen und Geschworene nur Vergütung der Reisekosten. Der Entwurf will ihnen außerdem auch noch Tagegelde gewähren. Das bisherige Recht hat zu dem unerwünschten Zustand geführt, daß wenig bemittelte Personen vom Laienrichteramte ausgeschlossen werden, obwohl sie an sich dazu geeignet sind. Die Strafprozessentwürfe hatten bereits vorgeesehen, daß den Schöffen und Geschworenen Tagegelde gewährt werden sollten. Nachdem den Entwürfen die Gesetzeskraft versagt geblieben ist, wird nunmehr vorgeschlagen, den Gegenstand durch ein Sondergesetz zu regeln. Aus dem jetzigen Entwurf ergibt sich die Möglichkeit, auch minderbemittelte Kreise zum Schöffen- und Geschworenenamt heranzuziehen. Es wird dies dahin führen, daß zu Schöffen und Geschworenen neue wertvolle Kräfte herangezogen werden können. Hoffentlich wird dieser Schritt dazu führen, das Interesse an der Strafrechtspflege in unserm Volke noch mehr wachzurufen und zu erhalten. Dann würde dieser Schritt, mit dem eine nicht unerhebliche finanzielle Aufwendung verbunden ist, jedenfalls reichen Lohn tragen.

Dem kann man nur zustimmen. Die Höhe der Reisekosten und Tagegelde bestimmt der Bundesrat. Gegenüber dem im Reichstag laut gewordenen Befürchtungen, der Bundesrat werde die Entschädigungen je nach den Vermögensverhältnissen verschieden bemessen, betonte der Staatssekretär:

Der Vordredner hat gefragt, ob etwa die Tagegelde für die einzelnen Schöffen und Geschworenen mit Rücksicht auf ihre Vermögensverhältnisse ufm. verschieden bemessen werden sollen. Ich kann ihn in dieser Beziehung beruhigen. Die Tagegelde sollen für Schöffen und Geschworene ganz gleichmäßig normiert werden, so daß jeder ohne Rücksicht seines Ranges, Standes und Vermögens das gleiche erhält.

Mit der Annahme dieses Gesetzentwurfes ist eine alte auch von uns oft vertretene Forderung endlich in Erfüllung gegangen.

Die „wirklich neutralen“ Gewerkschaften — ein Anhängsel der liberalen Partei. Die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften gebärden sich allenthalben als die „wirklich und einzig neutralen Gewerkschaften Deutschlands“. In Wirklichkeit sind sie nur eine Hülfstruppe der linksliberalen Parteibewegung. Das könnte mit einer Wolke von Beweisen belegt werden. Ein Beweis aus allerjüngster Zeit sei hier angeführt.

Am den hohen Senat der freien und Hansestadt Lübeck wurde kürzlich von Arbeiterseite eine Eingabe gerichtet, worin um die Errichtung einer kommunalen paritätischen Arbeitsnachweisanstalt gebeten wird. Sonderbar ist, wie seitens der Petenten Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaft und liberaler Arbeiterverein vermengt werden. Auf Seite 3 der Eingabe heißt es:

„Der Verein liberaler Arbeiter und Angestellten für Lübeck und Umgegend (der Ortsverband der deutschen Gewerkschaften Hirsch-Duncker) richtet deshalb als Mitvertreter der auf bürgerlicher Grundlage stehenden Arbeiter- und Angestelltenvereine die dringende Bitte an den hohen Senat...“ ufm.

Am Schluß der Eingabe, Seite 4, heißt es noch einmal:

„Der Verein liberaler Arbeiter und Angestellten für Lübeck und Umgegend (der Ortsverband der deutschen Gewerkschaften Hirsch-Duncker) in Lübeck hofft nach diesen Darlegungen zuverlässlich darauf, daß seiner Bitte seitens des hohen Senats geneigtest entprochen wird.“

Die Fassung dieser Eingabe läßt keinen anderen Schluß zu, als daß sich die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften in Lübeck nur als eine Unterabteilung, als ein Anhängsel, des Vereins liberaler Arbeiter

und Angestellten betrachten. Ein neuer Beweis für die parteipolitische „Neutralität“ der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften.

Ein Aufrechter! Einige Genossen, Mitglieder des sozialdemokratischen Bildhauervereins, hatten eine Agitationstour im schwäbischen Oberland unternommen. In ihrem Organ, der Bildhauerzeitung (Nr. 22/1913), geben sie nun unter dem Titel „Aus einer schwarzen Ecke“ ihre Erfahrungen zum besten. Dabei wird mächtig geschimpft über die „Rückwärtler“ in dieser „Zentrumsdomäne“, in der die kirchliche Obrigkeit uneingeschränkt ihre Herrschaft ausübt. Der Grund dieser Schimpferei liegt darin, daß die Genossen nicht auf ihre Rechnung gekommen sind.

Ihre wenig neutralen Bemerkungen veranlaßten nun ein aus dem Oberland stammendes Mitglied des Bildhauervereins mal ungehinkt zu sagen, warum diese in den „schwarzen Ecken“ keine agitatorischen Erfolge aufzuweisen habe. Das betreffende Mitglied meint: es sei ja sehr einfach, die Schuld für das indifferente Verhalten ländlicher Kollegen auf Zentrum und Kirche abzuwälzen. Er frage sich aber, auf welches Schuldbonto seien die von Zentrum und Kirche unbeeinflussten Indifferenten in den Großstädten zu schreiben? Dafür könne man doch unmöglich „die schwarzen Sündenböcke“ büßen lassen. Es müsse festgestellt werden, daß die Gegnerschaft zwischen Kirche und sozialdemokratischen Gewerkschaft nicht auf wirtschaftlichem, sondern auf religiösem Gebiete liege. Wenn die Gewerkschaftler die Religion aus dem Spiele ließen, wenn diese durch sie weder verächtlich gemacht, noch bekämpft würde, so gebe es keine Gegnerschaft mehr. Aber hier liege eben die empfindliche Seite. Dem einen sei das eine unantastbare Sache, dem anderen ein willkommenes Angriffsfeld.

Dann sagt der tapfere Schwabe wörtlich: „Wie viel haben Heißsporne schon geschadet. Wie oft fand man auch schon in der „Bildhauer-Zeitung“ Artikel über religiöse Dinge, die ein Schulkind mit besseren Talenten als Irtum erkennen konnte, und wie sieht es manchmal mit politischen Artikeln und Belehrungen aus? Wie oft werden Hypothesen als ein Produkt der exakten Forschung hingestellt, nur zu dem Zweck, um zu beweisen, daß alle Religion hinfällig sei? Glaubte man, daß jeder Kollege in den schwarzen Ecken alle diese Angriffe so ohne weiteres hinnähme? Gewinnen wir sie damit? Haben diese „Brüder in Christo“ es nicht nötig, diejenigen zu unterstützen, die ihre Ueberzeugung und ihre Gesinnungsgenossen bekämpfen und beschuldigen! Ja wir sind doch neutral! Das soll doch wohl heißen, daß ein jeder auch mit jener Gesinnung Mitglied sein. Wird es einem aber nicht sehr schwer gemacht, bei uns Mitglied zu werden? Ich es nicht vielmehr unsere eigene Schuld, daß wir in jenen „schwarzen Ecken“ keinen rechten Erfolg haben. Kann man von jenen unter den obwaltenden Umständen die notwendigen Opfer verlangen? So mancher bringt sie, wenn es auch manchmal sehr schwer fällt, weil er die feste Ueberzeugung hat, daß nur eine geschlossene Gewerkschaft die Interessen mit Erfolg vertreten kann; auch deshalb, weil er nicht teilnehmen will an dem Errungenen, ohne das seine dazu beigetragen zu haben. Er stellt die Gewerkschaft als solche über alle diese unangenehmen Erscheinungen — ob für immer, ist eine Frage.“

Alle Achtung vor diesem Kollegen, der in so mannhafter Weise seinen Standpunkt vertritt. Aber — erreichen wird er damit nichts. Das zeigen denn auch schon die Bemerkungen, die die Bildhauer-Zeitung dieser Zuschrift anfügt. Sie bezeichnet den Einsender als „Christlich-Neutralen“ und vertritt den Standpunkt, daß der Kirche als „wirtschaftlich-politisches Gebilde“ nach wie vor „die schärfste Gegnerschaft“ und „der erbitterteste Kampf“ gebühre. Zu einer ehrlichen Neutralität werden sich die sozialdemokratischen Organisationen niemals aufzuringeln vermögen. Darum eben kommt für die christlich denkenden Arbeiter- und Arbeiterinnen nur eine christliche Gewerkschaft in Betracht.

Gründlich hereingefallen. Einen unerwarteten Ausgang nahm eine am Schöffengericht zu Essen verhandelte Privatklage des ersten Bevollmächtigten der Ortsverwaltung Sferlohn-Menden des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Genossen Hoffmeister, gegen den Bezirksleiter Hirtfelder vom christlichen Metallarbeiterverband. Letzterer war beschuldigt, den Privatkläger Hoffmeister in einer am 15. September 1912 in Menden stattgefundenen Versammlung wegen seines Verhaltens in der Mendener Metallarbeiterausperrung des Arbeiterberrats geziehen und von ihm als von „dem Arbeiterverräter von Sferlohn“ gesprochen zu haben.

Hirtfelder hatte wegen einer Reihe von Beschimpfungen in zwei von dem Genossen Hoffmeister herausgegebenen Flugblättern Widerklage erhoben. Die Verhandlung, in der Bezirksleiter Hirtfelder den Nachweis dafür antrat, daß er auf Grund der Handlungsweise des Genossen Hoffmeister berechtigt gewesen sei, dessen Verhalten als Arbeiterverräter zu bezeichnen, endete mit der Freisprechung des Beklagten Hirtfelder. Dagegen wurde auf die Widerklage Hirtfelders der Genosse Hoffmeister wegen Beleidigung in zwei Fällen zu 60 M. Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Außerdem wurde dem Bezirksleiter Hirtfelder die Befugnis zuerkannt, den erennenden Teil des Urteils auf Kosten des Privatklägers Hoffmeister je einmal in den Verbandsorganen der beiden Metallarbeiterverbände: „Der deutliche Metallarbeiter“ Duisburg, und „Metallarbeiterzeitung“ Stuttgart, zu veröffentlichen. Eine andere Klage des Genossen Hoffmeister gegen den christlichen Gewerkschaftssekretär Steimager-Menden in einer ähnlichen

Angelegenheit hatte zurzeit für den klagenwütigen Hoffmeister den selben Ausgang.
Ob dabei dem Herrn nicht bald die Luft vergeht, seine vermeintlich verletzte Ehre durch Gerichtsurteile herstellen zu lassen? Diese Gerichtsurteile zeigen aber den Arbeitern auch, was von der Arbeiterinteressenvertretung der Genossen zu halten ist, und daß sie sich im eigenen Interesse möglichst vollzählig den christlichen Gewerkschaften anschließen müssen.

Lohnkampf und Boykott in den Emmericher Margarinefabriken. Der Streik in den Emmericher Margarinefabriken zieht sich nun bereits in die siebente Woche hinein. Der Boykott hat bereits auf der ganzen Linie eingesetzt. Die Firmen beginnen auch, die Wirkungen schon zu spüren, weshalb sie in Erklärungen und Berichtigungen ihr Heil suchen. Nach einer dieser Erklärungen, die sich die Firmen sogar noch notariell haben beglaubigen lassen, sollen die Arbeiter vor dem Streik einen Durchschnittslohn von 20.70 M. verdient haben. Weiß der Himmel, was man dem Herrn Notar für eine Berechnung vorgelegt hat. Tatsache ist, daß der Durchschnittslohn der Arbeiter nur 17.50 M. betrug. Nicht ein einziger der am 5. Mai in Streik getretenen Arbeiter hatte 20.70 M. Wie unhaltbar die Erklärung der Firmen ist, geht schon daraus hervor, daß die Arbeiter nur einen Mindestlohn von 21.— M. fordern.

Hieraus ist wohl zu ersehen, was von den Erklärungen der Firmen zu halten ist.
An die Arbeiterschaft der übrigen Berufe ergeht auch fernerhin die Bitte, den Boykott strikt durchzuführen. Es darf solange keine Margarine von den Firmen Dr. Max Boemer und van Rossum gekauft werden, bis die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft anerkannt sind.

Die 3. Vertreterversammlung des Verbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands. Diese tagte am 6. und 7. Juni d. J. im evang. Vereinshaus zu Cassel. Am 6. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr eröffnete die erste Vorsitzende, Frä. von Feldmann (Wassinghausen), die Verhandlungen durch eine Begrüßungsansprache. Vertreter der Staats- und städtischen Behörden waren erschienen, sowie verschiedene Verbände und Vereine und sprachen der Tagung ihre Wünsche aus. Nach den Begrüßungen erhaltete die erste Schriftführerin den Geschäftsbericht. Es folgten der Kassenbericht und der Bericht über die praktische Arbeit in den Vereinen. Aus diesen ergab sich, daß überall eine lebhaftere Tätigkeit und ein erfreuliches Wachstum der Vereine zu verzeichnen ist. Im Anschluß daran fand eine Besprechung statt, die wertvolle Ergänzungen brachte. Darauf folgte ein sehr interessantes Referat von Fräulein von Werthern (Cassel) über: „Die Stellung der evang. Arbeiterinnenvereine zu der Fortbildungsschule für Mädchen.“ Sie hob die große Bedeutung dieser Frage für das Familien- und Berufsleben unserer Arbeiterinnen und damit den Einfluß auf unser gesamtes Volksleben hervor und empfahl den Vereinen durch Eingaben an die betreffenden Stadtbehörden überall die obligatorische Fortbildungsschule für gewerblich tätige Mädchen zu fordern. Eine darauf bezügliche Resolution wurde einstimmig angenommen. Nach kurzer Mittagspause wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Zwei Vorträge gaben ein Bild von der in dem Verband und in den Vereinen geleisteten Kurzarbeit. Es sind Kurse im Kochen, Nähen, Krankenpflege u. abgehalten worden. Vor allem wurden soziale Fortbildungskurse empfohlen. Ein Antrag des Vereins Cassel wurde angenommen, in dem den Vereinen empfohlen wird, Vorträge zu veranstalten, die die Arbeiterinnen auf die Wichtigkeit ihrer Mitwirkung bei Unfalls- und Krankheitsverhütungen hingewiesen wird. Ferner wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Verband evangelischer Arbeiterinnenvereine Deutschlands hält die gewerkschaftliche Organisation seiner Mitglieder, die in der Industrie tätig sind, für dringend erforderlich. Er empfiehlt in erster Linie die christlichen Gewerkschaften. Den Mitgliedern anderer Gewerkschaften gibt er nur dann Raum, wenn diese Gewerkschaften sich nicht im Gegensatz zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung befinden.“

Der Abend versammelte die Mitglieder zu einem Vortrag „Aus der großen Zeit vor 100 Jahren“, der lebhaften Beifall fand.

Am 7. Juni, morgens 8 Uhr, wurde in den Verhandlungen fortgesetzt mit einem Vortrag über: „Wie gewinnen wir die Jugend für unsere Vereine und wie richten wir Jugendgruppen ein?“ von Frä. Schirmer (Hamburg). Die Rednerin schilderte in anschaulicher Weise die Not der Jugendlichen, hauptsächlich in den Fabriken arbeitenden und forderte die Vereinstagungen und Mitglieder auf, warmen Herzens diese Aufgabe in Angriff zu nehmen. Sittliche, geistige und körperliche Erziehung der Jugend sei eine Aufgabe, die von Familie und Arbeitgeber nicht allein gelöst werden könne. Der innere menschliche Wert, die erzieherische Kraft der leitenden Persönlichkeit, das Verständnis für die besonderen Bedürfnisse der Jugend sei hier von allergrößter Bedeutung. In der Diskussion wurde über einzelne praktische Erfahrungen berichtet. Die Aufnahme dieser so notwendigen Aufgabe in das Arbeitsprogramm der Vereine wurde von allen Anwesenden anerkannt und tatkräftige Mitarbeit auf diesem Arbeitsgebiet zugesagt.

In den weiteren Verhandlungen beschäftigte man sich lediglich mit der Behandlung innerer Angelegenheiten. Abends 7 Uhr hatte die Tagung ihr Ende erreicht.

Aus unserer Industrie.

Die Aussichten des Textilwarengeschäfts mit Japan.

Von für die deutsche Einfuhr nach Japan in Betracht kommenden Gewebearten, die noch fernerhin auf guten Absatz rechnen können, sind anscheinend nur noch Cotton Italians, deren Herstellung in Japan zurzeit eingestellt worden sein soll, sowie baumwollene Blüsch und Schirmstoffe zu nennen. Die Einfuhr an Blüsch fiel im Jahre 1911 gegen das Vorjahr etwas ab und verursachte infolge gesteigerter Nachfrage eine allmähliche Preiserhöhung, die im Dezember 1910 etwa 5 Yen pro Stück im Vergleich zu den am Anfang des Jahres 1911 herrschenden Preisen ausmachte. Der zunehmende Verbrauch hängt angeblich mit der neuen Mode zusammen, die obere Seite der Sandalen („zori“) mit farbigem Blüsch zu bedecken. Auch für Kindermäntel soll dieser Stoff jetzt viel Verwendung finden. Was den Import von baumwollenen Schirmstoffen anlangt, so ist zu bemerken, daß die gegenwärtige Mode Stoffe ohne Randmuster begünstigt.

Was die Zukunft des Tuchimports nach Japan anlangt, so ist vorerst nicht anzunehmen, daß er durch die Zollserhöhung nachteilig beeinflusst werden wird. Die japanischen Webereien sind zurzeit noch nicht imstande, selbst ungemusterte Tuche besserer Qualität, insbesondere gute Uniformtuche anzufertigen. Mit der Herstellung von gemusterten Anzugstoffen aber haben sie bisher nicht einmal ernstliche Versuche gemacht, da die Nachfrage nach ihnen immerhin nicht groß genug ist, daß es sich lohnte, diese der Mode stark unterworfenen Tuche in zahlreichen, verschiedenen Dessins zu weben. Nach Ansicht des „Japan Trade Journal“ steht daher zu erwarten, daß die Einfuhr wollener und halbwollener Tuche in den nächsten acht bis zehn Jahren noch fortgesetzt zunehmen werde. Interessant meint die Zeitung, werde es sein, den Wettbewerb zwischen England und Deutschland in diesem Importzweige zu beobachten, und fügt hinzu: „Sichtlich der Qualität der Tuche behauptet England den ersten Platz; soweit aber Preis und Anpassung an den japanischen Geschmack in Frage kommen, scheint Deutschland in höherer Gunst zu stehen.“

Die Aussichten für die Wollgarn-Einfuhr nach Japan sind trotz der Erhöhung des Einfuhrzolls nicht ungünstig. Die japanischen Webereien dürften noch auf Jahre hinaus nicht in der Lage sein, ihren Garnbedarf im Lande herzustellen, um so weniger, als die Nachfrage nach gewissen Wollgeweben stark im Wachsen begriffen ist. Wollflanellen für Unterkleidung und Musselin für Frauenkleidung verdrängen mit den wachsenden Lebensbedürfnissen stetig die früher dafür fast ausschließlich verwandten Baumwollgewebe. Insbesondere erstreben sich die mit den geschmackvollen, nationalen „Juzen“-Dessins bedruckten Musselins auch in niederen Volksklassen jetzt einer so großen Beliebtheit, daß der Bedarf des Landes an diesen Stoffen von einem gewöhnlich gut informierten Handelsblatt auf jährlich 70 Mill. Yards veranschlagt wird. Da aber der neue Zolltarif die Einfuhr dieser Gewebe dauernd lahm gelegt haben dürfte, so macht sich seit Beginn des Jahres 1913 unter den japanischen Musselinwebern eine starke Geschäftigkeit bemerkbar. Die drei größten Musselinfabriken, nämlich die Toyo Musurin K. K. (eingezahltes Kapital 1,2 Mill. Yen), die Tokio Musurin K. K. (eingezahltes Kapital 1,5 Mill. Yen) und die Jomo Musurin K. K. (eingezahltes Kapital 0,8 Mill. Yen), die beiden ersten in der Umgegend von Tokio, die letztgenannte in Tatebayashi im Sanmaiken, sollen jetzt monatlich 1,6, 2,2 bezw. 0,6 Mill. Yards Musselin herstellen und bereits über ihre gesamte Produktion bis zum Mai 1913 kontraktmäßig verfügt haben. Sowohl von diesen als auch von anderen Webereien, die die Herstellung von Musselin aufnehmen gedenken, sind unter den gegenwärtigen günstigen Verhältnissen Betriebsverweiterungen ins Auge gefaßt oder bereits in die Wege geleitet worden, und auch von bevorstehenden Neugründungen wird in der Presse berichtet. Ebenso nimmt man an, daß auch die Sergeweber unter dem Schutze des neuen Zolltarifs im kommenden Herbst eine größere Tätigkeit als bisher entfalten werde, da auch diese Gewebe, insbesondere gestreifte, sich jetzt in Japan als Kimonostoffe wachsender Beliebtheit erfreuen. (Aus einem Berichte des Kaiserl. Generalkonsulats.)

Das Flachsrösten auf chemischem Wege.

ate. In Loos bei Lille ist seit einiger Zeit ein Betrieb eröffnet, in welchem das Flachsrösten durch rein chemische Mittel bewirkt wird. Die erzielten Resultate sind, wie Professor Dybowski der Societe d'Encouragement à l'Industrie nationale in Paris in einem Vortrage mitteilte, ganz vorzügliche. Er wies seinem Auditorium Flachspröben vor, welche den berühmten, in der Lys gerösteten, in nichts nachstanden. Das in Loos angewandete Verfahren besteht darin, die Flachsstengel im Autoclav mit Wasser und Kohlenwasserstoff zu erhitzen, was 6 bis 12 Stunden in Anspruch nimmt. Nach dem Darren braucht man die Stengel nur noch zu brechen und zu hecheln, um die Flachsfaser aus ihnen zu lösen, die gleich nach den Spinnereien gefandt werden kann. Wenn man bedenkt, daß das Rösteln des Flachses im Flusse 40 Tage in Anspruch nimmt, daß es die Flusläufe durch in Sämlis übergegangene Teile vergiftet und an Fleck und Gesundheit der Arbeiter die höchsten Anforderungen stellt, so muß man erkennen, daß das Flachsrösten auf chemischem Wege einen großen Fortschritt bedeutet, der die ganze Industrie heben muß.

In Frankreich ist die Flachindustrie ziemlich bedeutend. Ursprünglich bezog sie ihr ganzes Rohmaterial aus dem Lande selbst. 120000 Hektar Landes standen 1867 unter Flachskultur; gegenwärtig sind es nur mehr 20000.

Dies liegt nicht etwa daran, daß die Flachskultur nicht mehr lohnend wäre, sondern hat seinen Hauptgrund in der Tatsache, daß der Flach nicht mehr in Frankreich geröstet werden kann, und daher die geernteten Flachsstengel nach Belgien gefandt werden müssen, wo sie an den Ufern der Lys geröstet werden, deren Wasser sich besonders dazu eignen. Dann werden sie in Gestalt von Fasern in ihr Ursprungsland zurückgefandt. Diese doppelte Reise erhöht den Herstellungspreis beträchtlich und erschwert den Absatz des fertigen Produktes. Diese Schwierigkeiten kommen in Wegfall, wenn man ein Verfahren kennt, vermöge dessen das Rösteln gleich an Ort und Stelle vorgenommen werden kann, ohne den Arbeitern besondere Schwierigkeiten aufzulegen. Die nächste Folge der Einführung des neuen Verfahrens wird eine Wiederbelebung der Flachskultur in Frankreich sein, die auch die beträchtliche Flachseinfuhr aus Rußland (88000 Tonnen 1911) überflüssig machen wird. Auch die Behandlung der Ramie, ein bisher immer noch nicht vollkommen gelöstes Problem, läßt sich mittels des genannten chemischen Verfahrens leicht bewerkstelligen, was ihre Verwendung im Großen, die wegen der Schwierigkeit ihrer Zubereitung bisher nicht möglich war, begünstigen wird.

Preiserhöhung des Verbandes deutscher Samtfabrikanten.

Der Verband deutscher Samtfabrikanten hat in seiner am Montag, den 2. d. M., abgehaltenen Sitzung beschloffen, bei en bloc-Aufträgen einen sofortigen Aufschlag von 5% und für einige Baumwollqualitäten einen solchen von 3% eintreten zu lassen. Spezifizierte Aufträge können dagegen noch bis zum 20. Juni cr. zu den alten Preisen angenommen werden.

Der Verein deutscher Tuch- und Wollwarenfabrikanten über die Geschäftslage der deutschen Wollindustrie.

Der Verein deutscher Tuch- und Wollwarenfabrikanten hat soeben einen Bericht veröffentlicht, in dem es heißt: Mit Juni beginnt die Ausgabe der neuen Kollektionen für Frühjahr und Sommer 1914, und die Fabrikanten werden einen Teil ihres Bedarfes an Garnen und Wollen eindecken müssen. Da nun in den ersten fünf Monaten dieses Jahres sehr vorsichtig eingekauft wurde, sind die Läger der Fabrikanten erheblich zusammengeschmolzen, so daß im Juli und August mit Sicherheit große Verfügungen zu erwarten sind. Diese werden zur Kräftigung des Wollmarktes beitragen, zumal die Vorräte in Händlerkreisen nur gering sind. Es ist demnach ein weiteres Anziehen der Preise für Fertigerzeugnisse zu erwarten; auch wird eine reichlich ausfallende neue Schur an der festen Lage des Artikels nichts ändern. Jedenfalls wäre es von den Verbrauchern unzeitgemäß, sich jetzt kopfschüttelnd machen zu lassen. Wolle hat die schwere Belastungsprobe der durch die Balkanwirren entstandenen Krise sowie den hohen Diskont gut überstanden; ein größerer Verbrauch wird und muß in nächster Zeit eintreten.

Deutschlands Ein- und Ausfuhr an wichtigen Textilstoffen im Monat Mai.

Die Ein- und Ausfuhrziffern Deutschlands an wichtigen Textilrohstoffen gestalteten sich im Monat Mai wie folgt:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Monat Mai 1913	1912	Monat Mai 1913	1912
Baumwolle . . .	279 446	365 607	52 731	50 716
Flachs, gebrochen, geschwungen usw.	23 301	34 591	21 515	9 067
Fanf, roh, gebroch, geschwungen usw.	40 353	21 296	7 248	3 887
Jute und Jutewerg	148 684	106 622	5 095	14 673
Merinowolle im Schweiße . . .	77 156	102 781	4 974	2 309
Kreuznachtwolle im Schweiße . . .	72 607	89 157	1 250	1 926

Im Vergleich zum Vorjahre ist die Einfuhr — also der Bedarf — an Baumwolle, Wolle und Flachs nicht unwesentlich zurückgegangen.

Aus dem Verbandsgebiete.

An unsere Ortsgruppenvorstände!

Diejenigen Ortsgruppen, welche über die von der Zentrale erhaltenen Berlephsmarken noch nicht abgerechnet haben, werden ersucht, umgehend das eingenommene Geld und die erübrigten Marken an die Zentrale einzusenden. Die Geschäftsstelle.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Wir machen die Arbeitslosen-Berichterhalter in den einzelnen Ortsgruppen darauf aufmerksam, daß am 28. Juni (Samstag) Stichtag für den Monat Juni ist. Die an diesem Tage arbeitslosen Mitglieder sind zu zählen, über das Resultat dieser Zählung ist zu berichten. Desgleichen ist über die Gesamtzahl der im verfloffenen Quartal arbeitslos gewesenen Mitglieder zu berichten. Die Berichtskarte (gelbe Quartalskarte) muß spätestens vier Tage nach Schluß des Monats an die Zentrale eingefandt werden.

Wir mußten in letzter Zeit leider sehr häufig die Erfahrung machen, daß eine ganze Zahl von Ortsgruppen trotz aller Mahnung nicht berichteten. Wir bitten die Ortsgruppen-

vorstände dringend, doch dafür zu sorgen, daß dies für die Zukunft nicht mehr vorkommt. Im Monat Mai haben nicht (oder zu spät) berichtet:

Bezirk	Krefeld	M. Gladbach	M. Gladbach
"	M. Gladbach	Krefeld, Meerfen, Vintzath.	Giesentirchen.
"	Aachen	Beuel, Mombach, Roetgen, Rott.	haben alle Ortsgruppen berichtet.
"	Baeren	Dachrup, Stadthohn.	Bramsche, Ibbenbüren.
"	Bocholt	haben alle berichtet.	Reichenbach.
"	Münster	Bernstadt, Chemnitz, Guben, Leipzig, Reigersdorf, Reichenbach, Plauen, Sorau.	Allersberg, Weikersbach.
"	Hannover	Waldsee, Wangen.	Wufensch, Erzingen, Ehenroth, Wollmadingen.
"	Schlesien	Breitenbach, Drufenheim, Gaishausen, Heinersdorf, Hirsingen, Hirschbach, Hüttenheim, Kaiserlautern, Mesera, Nagweiler, Dagersheim, Rothau, St. Amarin, Worms.	Die Zentralfstelle.
"	Sachsen		
"	Bamberg		
"	Lugsburg		
"	Württemberg		
"	Baden		
"	Elfaß		

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

M. Gladbach.

Erfolgreiche Lohnbewegung bei der Firma S. Jonas, Leinenweberei. Wie wir bereits in voriger Nummer berichteten, waren die Weber der Firma Jonas, weil die ihnen von der Firma bei mehreren Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen gemachten Zugeständnisse nicht weitgehend genug waren, in den Zustand getreten. Dieser war aber nur von ganz kurzer Dauer. Nachdem die Weber sich etwa eine Woche lang im Zustand befanden, fanden neuerdings Verhandlungen zwischen der Firma und den Vertretern unseres und des deutschen Textilarbeiterverbandes statt. Nach längeren Verhandlungen bewilligte die Firma auf die bisherigen Grundpreise für Leinenketten mit Leinen- oder Baumwollschuß einen Lohnaufschlag von fünf Prozent, für alle übrigen Artikel eine Lohnserhöhung von drei Prozent. Vom ersten Oktober dieses Jahres werden die Grundpreise von fünf auf sieben für Leinenketten mit Leinen- oder Baumwollschuß und für alle übrigen Artikel von drei auf fünf Prozent erhöht. Der erste Januar 1914 bringt dann wieder für die Grundpreise auf Leinen- und Baumwollketten eine abermalige Erhöhung der Löhne von weiteren drei Prozent. Es wurde somit eine Lohnserhöhung für sämtliche im Betriebe zur Verarbeitung gelangenden Artikel erzielt. Mit diesen Zugeständnissen erklärten sich die beteiligten Arbeiter einverstanden und nahmen am Montag, den 10. Juni, wieder geschlossen die Arbeit auf. Diesen Erfolg haben die Arbeiter nur ihrer Geschlossenheit und Einigkeit sowie auch weiter dem Umstände zu verdanken, daß während des einwöchigen Streiks sich keine Arbeitswilligen der Firma zur Verfügung gestellt hatten. Alle Wünsche der Arbeiter sind ja nicht in Erfüllung gegangen, aber deswegen müssen doch die an der Bewegung beteiligt gewesenen Arbeiter daraus die Lehre ziehen, daß nur durch die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter Erfolge für diese errungen und was doch vor allen Dingen die Hauptsache ist, auch dauernd festgehalten werden können.

Aus unseren Bezirken.

Die Arbeiterverhältnisse in der Textilindustrie im Regierungsbezirk Münster nach Angabe des Gewerbeinspektions-Berichtes vom Jahre 1912.

Schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1911 hat eine Besserung in der Geschäftslage der hauptsächlich in unserem Regierungsbezirk vertretenen Industrie zweige eingesetzt. Mit geringen Ausnahmen waren alle Betriebe gut und zu lohnenden Preisen beschäftigt, und unter diesen werden auch, was uns insbesondere interessiert, die Baumwoll- und Jutespinnerei aufgeführt, während die wirtschaftliche Lage der Webereien noch als zufriedenstellend bezeichnet wird, obwohl sich die andauernde Steigerung der Garnpreise und auch die unsicheren politischen Verhältnisse geschäftshemmend bemerkbar gemacht haben.

Entsprechend der Aufwärtsentwicklung der Industrie sind wiederum viele neue gewerbliche Anlagen entstanden, Betriebe mit mindestens zehn Arbeitern waren am Schlusse des Jahres im Regierungsbezirk 3 763 vorhanden, was einem Mehr von 9,4 % gegenüber dem Vorjahre gleichkommt. In diesen Betrieben waren insgesamt 66 110 Arbeiter beschäftigt oder 7,6 % mehr als im Jahre 1911. Die Zahl der Spinnereien ist in unserm Regierungsbezirk nicht so groß, es sind 49 Spinnereien vorhanden, die Zahl der Webereien überwiegt dem aber um ein bedeutendes, es sind deren 166. In den Spinnereien waren insgesamt 13 967 Arbeiter beschäftigt, von diesen sind 6 855 Arbeiterinnen.

Interessant sind besonders die Angaben über das Alter der betreffenden Arbeiterschaft, woraus hervorgeht, daß die Altersklasse bis zum 30. Lebensjahre immer sich in aufsteigender Linie bewegt, von da ab aber rapide wieder abnimmt. Es waren in der Spinnereien vorhanden unter 14 Jahren 94, von 14 bis 16 Jahren 717, von 16 bis 18 Jahren 676, von 18 bis 20 Jahren 870 und von 20 bis 30 Jahren 1913 Arbeiter. Das Alter über 30 bis 40 Jahre weist nur mehr 1309, von 40 bis 50 Jahren gar nur 872 Arbeiter und Arbeiterinnen mehr auf, was als ein Beweis gelten kann, daß die Spinnereiarbeit für eine große Anzahl der darin Beschäftigten nur als eine Durchgangsarbeit betrachtet werden kann. Ferner ist interessant, daß fast ein Drittel aller Spinnereiarbeiter und -Arbeiterinnen unter 20

Jahren ist. Die Webereien wiesen fast dasselbe Bild auf, in den 165 Webereien waren insgesamt beschäftigt 18 714 Arbeiter, von diesen sind nur 5 812 Arbeiterinnen. Es waren in den Webereien vorhanden unter 14 Jahren 54, von 14 bis 16 Jahren 1038, von 16 bis 18 Jahren fällt die Zahl wieder auf 997, um dann aber wieder zu steigen, von 18 bis 20 Jahren betrug die Zahl der Arbeiter schon wieder 1109, von 20 bis 30 Jahren 3118, von 30 bis 40 Jahren 2929, von da ab fällt die Zahl der Beschäftigten ebenso wie in den Spinnereien. Während die Arbeiter und Arbeiterinnen unter 20 Jahren in den Spinnereien 33,3% ausmachen, sind in den Webereien 25,2% vorhanden, damit ist wohl der Beweis erbracht, daß fast kein Industriezweig soviel jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, als gerade die Textilindustrie. Während in der gesamten deutschen Textilindustrie ungefähr 54% aller Beschäftigten Arbeiterinnen sind, ist im Regierungsbezirk Münster gerade das Gegenteil der Fall, es sind noch 7 129 Arbeiter mehr als Arbeiterinnen vorhanden. Immerhin ist die Zahl der Arbeiterinnen und insbesondere der Jugendlichen wohl so groß, daß wir als Gewerkschaftler alle Veranlassung haben, uns derselben anzunehmen und für unsere Gewerkschaft zu interessieren suchen.

Unter dem Kapitel: „Arbeiterinnen“ liegt auch insbesondere der Gewerbeinspektionsbericht darüber, daß die Arbeiterinnen sehr schwer zur Einhaltung der Pflichten zu bewegen sind und führte diesbezügliche Beispiele an. Es muß eine Aufgabe der Gewerkschaftsversammlungen sein, diesbezüglich belehrend auf die Arbeiterinnen einzuwirken, obwohl der Arbeitgeber eigentlich dafür verantwortlich ist. Auch inbetreff der Jugendlichen muß immer wieder auf die Einhaltung der Schutzbestimmungen gedrungen werden, zumal ein Arbeitgeber sich einem Aufsichtsbeamten gegenüber beklagt hat, daß gerade deshalb, weil er die Durchführung der Schutzbestimmungen so genau nähme, jugendliche Arbeiter sehr schwer zu bekommen seien. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen in dem Berichte, daß auch die Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern an schulfreien Nachmittagen und des Abends nach der Schulzeit und sei es auch nur zur Erlernung der Arbeit, durchaus unsittlich sei und daß auch schon seitens der Aufsichtsbeamten die Arbeitgeber darauf aufmerksam gemacht seien. Bemerkenswert ist dann noch, daß die Zahl der Unfälle von 2 auf 2,3 pro 100 Arbeiter gestiegen ist, wovon jedoch nur 1 Fall auf je 100 Arbeiter auf die Textilindustrie entfällt. Unter gesundheitsgefährlichen Einflüssen wird auch, und das ist besonders für die Weber wichtig, das „Rüßen des Weberschiffchens“ oder wie der Weber sagt: „Faden durchschlagen“ aufgeführt und bemerkt, daß schon Versuche stattgefunden hätten, diesem Uebelstande abzuwehren. Es ist erfreulich, daß auch diesem, seitens der Weber bitter empfundenem Uebelstande, von der Gewerbeinspektion die größte Aufmerksamkeit geschenkt wird, was wohl zu der Hoffnung berechtigt, daß dieser Uebelstand, welcher insbesondere inbetreff der Überleitung von anstehenden Krankheiten dem Weber sehr gefährlich werden kann, bald der Vergangenheit angehört.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Borghorst. Zum zehnjährigen Bestehen unserer Ortsgruppe. „Ohne Danken stets aufs neue lobert auf zu heiliger Glut.“ Die Ortsgruppe war vernichtet und damit glaubte man endgültig Herr über die Arbeiterbewegung geworden zu sein, aber man hatte keine Rücksicht auf den jähren haßstarrigen Charakter der Nachkommen des alten Sachsenstammes genommen, welcher sowohl den Arbeitgebern als auch den Arbeitnehmern in gleichem Maße eigen ist. Gerade der brutale Anschlag hat diese Charaktereigenschaft der Arbeiter wachgerufen und manchem Arbeiter waren die Augen aufgegangen. Das Feuer war zwar gelöscht, doch glimmte der Funke unter der Asche weiter. Unmöglich fanden sich denn auch die Gesinnungsgenossen in stiller Einsamkeit wieder zusammen, um aufs neue den Kampf um Arbeiterrechte und Arbeiterrechte zu wagen. Durch die Erfahrung gewöhnt, suchte man zunächst in aller Stille eine Anzahl Arbeiter wiederum für die Idee der christl. Gewerkschaftsbewegung zu begeistern und dieselben in heimlichen Zusammenkünften auf künftige Kämpfe vorzubereiten. Mittlerweile hatte der christliche Gewerkschaftsgedanke auch in Coesfeld Eingang gefunden und die Coesfelder Arbeiter waren berufen, den Koalitionskampf auszufechten und die Tore des Münsterlandes zu öffnen. Bei dieser Gelegenheit konnte man beobachten, daß der Gewerkschaftsgedanke auch in unserm Borghorst noch nicht erwachsen war; still, verflohen, von Wehftuhl zu Wehftuhl, von Maschine zu Maschine schleichend, wurde eine ansehnliche Summe für die Coesfelder Arbeiter von opferfreudigen, ihre Stimme auf Spiel sendenden Arbeitern zusammengebracht. Am 1. April 1901 war durch Zusammenschluß der Bezirksverbände der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands entstanden und Kollege G. M. Schiffer-Wohlt zum Zentralvorsitzenden gewählt worden. Dessen Nachfolger in Bocholt, Kollege Heinz Camps, suchte nun wieder Verbindung mit der Borghorster Arbeitererschaft anzuknüpfen und mit Erfolg. Am 8. Januar 1903 wurde unter Sturm und Regen hinter verschlossenen Türen in der Wohnung eines Arbeiters unter Beisein des Bezirksvorsitzenden von 21 opferbereiten Arbeitern die Fahne der christl.-nationalen Arbeiterbewegung wieder aufgerichtet, und aufgerichtet, um nicht mehr niedergeböhlt zu werden. Die Namen dieser Pioniere der Arbeiterbewegung verleben der Gegenwart bekannt zu werden, umso mehr, als von diesen bis jetzt nur ein einziger ausgestorben ist und dieser noch aus Gründen, die anerkannt werden müßten; es sind nachfolgende Arbeiter: Jos. Klosterkamp, Bernard Gising, Almens Gising, Anton Gerdes, Heinrich Fehmer, Gustav Lemude, Wilh. Dalmeier, Anton Strothmann, Wilh. Kottig, Heinz Beckmann, Jos. Breulmann, Heinrich Jürgens, Heinrich Thier, Friedr. Artkötter, Jos. Thier, Mag. Dalmeide, Bern. Schweser, Jos. Gienlampfer, Gustav Käning, Franz Artkötter, und Heinz Unewehr. Zwei derselben sind gestorben, während einer in der Zahlstelle christlicher Bauarbeiter hervorragend tätig ist, einer der Ortsgruppe Gensditen und einer der Ortsgruppe Rheine angehört. Noch durfte man es nicht wagen, öffentlich aufzutreten, und so wurde denn die zweite Versammlung, trotzdem die Mitgliederzahl auf 40 angewachsen, in der

Wohnung eines Freundes unserer Bewegung abgehalten. Bei der dritten Zusammenkunft mußte man schon 70 Mitglieder, und da konnte man es schon wagen, in die Öffentlichkeit zu treten. Am 29. März 1903 war die erste öffentliche Einführungsverammlung, wobei die Ortsgruppe auf 200 Mitglieder gebracht wurde. Im Anschluß hieran fand dann die erste Vorstandswahl statt; es wurden gewählt: Jos. Klosterkamp, Vorsitzender, Heinz Beckmann, 2. Vorsitzender, Heinz Thier, 1. Kassierer, Heinz Seegers, 2. Kassierer, und Friedr. Artkötter als Schriftführer. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß gleichzeitig mit der Ortsgruppe der vorgenannte Herr Heinrich Thier sein zehnjähriges Jubiläum als Kassierer begeht, ein Zeichen, daß derselbe in hohem Maße das Vertrauen der Arbeiter besitzt. Wohl erkennend, daß die Arbeiterbewegung hier an Orte auf Schwierigkeiten stoßen würde und der Sturm, der an der Wiege der Ortsgruppe Pate gestanden, ihr steter Begleiter sein würde, wurde sofort das größte Gewicht auf die Erziehung der Mitglieder gelegt. Auf die Ausgestaltung der Versammlungen wurde besonders geachtet, deren Besuch auch fast stets ein guter war. Jahr für Jahr, Winter für Winter fand ein Unterrichtskursus statt. Wenn ein Leiter nicht zu beschaffen war und im Sommer wurden Diskutierclubs eingerichtet. Mit dem im Jahre 1904 gearänderten Konfess. Arbeiterverein wurde sofort das allerbeste Verhältnis hergestellt und nicht bloß hergestellt, sondern auch unterhalten. Nicht lange dauerte es, bis daß der Pate, der Sturm, seine Rechte geltend machte; es sei auf die verunglückte Bewegung der Scheerer bei der Firma A. Rott, auf die Bewegung 1906 bei der Firma „Spinnerei und Weberei Borghorst“, das Eintreten 1906 der Organisation für die Arbeiterinnen der Firma A. Wattendorf und auf das Abbrennen der Fabrik „Spinnerei und Weberei Borghorst“, wodurch die Arbeitsverhältnisse empfindlich geschädigt wurden, hingewiesen; ganz besonders jedoch darauf, daß nach der Bewegung von Warendorf 1908 eine gewaltige Aufregung unsern fast so stillen Münsterland durchbrause. Doch der Sturm, der manchen dünnen Zweig vom Organisationsbaume abschüttelte, vermochte nicht, den Stamm zu brechen. Er stand noch fest und unerschütterlich, wenn auch der Sturm hier in Borghorst ebenfalls seinen Tribut forderte, wenn auch die Ortsgruppe bis auf 84 Mitglieder zusammenschmolz, die alte Garde stand fest und unerschütterlich wie die Eichen unserer Wälder.

„Stehn wir fest und ohne Zagen in des Kampfes heißen Tagen.“ Trotz der schlechten Geschäftslage, trotz vollständigen Niederbrennens der Fabrik „Spinnerei und Weberei Borghorst“ und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit erholte sich doch nach und nach die Ortsgruppe wieder, der gesunde Sinn hatte siegegt, neues Leben kehrte zurück, der Tiefstand war überwunden und dementsprechend stieg auch bald wieder die Mitgliederzahl und zwar so, daß man am Schlusse des Jahres 1910 wiederum 500 Mitglieder mußten konnte. Im Anfang des folgenden Jahres türmten sich dann aber in dem nahen Coesfeld wiederum schwarze dräuende Wetterwolken zusammen, die sich mit erschütternder Wirkung über das Münsterland und damit auch über unsern Ort sich entladen sollten. Bei der Firma Rott und Comp. in Coesfeld war ein Streik ausgebrochen und zur beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt, aber einer geringfügigen Ursache wegen wurde dann seitens der Arbeitgeber die Aussperrung der organisierten Arbeiterschaft des ganzen Münsterlandes beschlossen. Mit Ruhe wurde seitens der Borghorster Arbeiterschaft diese Ankündigung aufgenommen, umso mehr, als es schon die vierte ihrer Art war, 1906 bei der Bewegung bei der Firma „Spinnerei und Weberei“ Borghorst, 1908 wegen der Differenzen in Warendorf, 1910 wegen des Streikes bei der Firma Heding in Neuenkirchen. Wohl klopfte manchem Gewerkschaftler das Herz, als es zur Gewisheit wurde, daß die Aussperrung angenommen würde und daß Sein oder Nichtsein der Gewerkschaftsbewegung auf dem Spiele stand. Besondere Beachtung fand bei dieser Gelegenheit die Firma A. Rott (Abteilung Weicherei), indem der Direktor derselben aus lauter Wohlwollen für die Arbeiterschaft dieselbe veranlassen wollte, auf ihr Koalitionsrecht zu verzichten. 545 Arbeiter und Arbeiterinnen wurden von der Aussperrung betroffen, und Borghorst war auch einer von den rühmlichst bekannten Orten, wo man gezwungen war, von der Aussperrung in einen Streik überzugehen. Trotz oder gar infolge dieses Vorgehens war es möglich, nach der Bewegung der Ortsgruppe eine beträchtliche Zahl neuer Mitglieder zuzuführen. Die Solidarität und das Zusammengehörigkeitsgefühl zeigte sich so recht, als zur Unterstützung zweier Mitglieder, denen gegenüber die Organisation ihre Schuldigkeit voll und ganz getan hatte, ein Sozialzuschlag erhoben wurde, alle ohne Ausnahme opferten gerne ihre Scherlein auf dem Altar der Arbeiterkollektivität. Seit der Gründung der Ortsgruppe haben stattgefunden 134 Vorstandswahlen, 102 Vertrauensmänner, 99 Mitglieder-, 14 öffentliche, 18 Arbeiterinnen-, 16 Jugend-, 68 Fabrikversammlungen. Was für eine Arbeit, was für eine Hingabe an den Stand in diesen Zahlen steckt, vermag nur der richtig an würdigen, der selbst in einer Standesbewegung tätig ist. Was hat denn die Standesbewegung aus dem Arbeiter gemacht, was für eine Wirkung hat diese auf den Arbeiter ausgeübt! Aus dem ehemaligen stumpfsinnigen, in den Tag hineinlebenden Arbeiter, der sich weder um seine Standesangelegenheiten, noch um sonstige öffentliche Angelegenheiten kümmerte, ist ein intelligenter energisch vorantreibender Arbeiter geworden, der gewillt ist, seine Interessen selbst zu vertreten und zwar überall dort, wo nur Arbeiterinteressen in Frage kommen. Stolz kann die Arbeiterschaft darauf sein, daß in allen Korporationen, wo Arbeiterinteressen in Frage kommen, dieselben auch von Arbeitervertretern wahrgenommen werden und so wahrgenommen, daß es ihr die Achtung und Würdigung der anderen Stände eingetragen hat. Außerhalb der Gewerkschaften sind eine ganze Anzahl auf politischem und sonstigen Gebieten tätig, aber auch zwei hervorragend in unserm Dorfparkament. Auch sind Mitglieder der Ortsgruppe am Gewerbegericht, am Versicherungsamt, am Dberversicherungsamt und zirka 19, davon 6 Arbeiterinnen, als Krankenkassenvorstandsmitglieder tätig, ein Zeichen, daß diesen Gebieten auch die nötige Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Aber nicht allein auf den bereits geschilderten Gebieten war die Ortsgruppe tätig, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete, davon legen nicht nur die vielen Fabrikversammlungen, sondern auch die vielen Bewegungen, die im Laufe der Jahre stattgefunden, bereites Zeugnis ab. Gewiß wurde bei einigen Bewegungen in etwa Entgegenkommen gefunden, aber es wurde auch die Wahrnehmung gemacht, daß der Geist, der die Ortsgruppe im Jahre 1900 brutal unterdrückte, der Geist, der keine Anerkennung der Arbeiterorganisationen kennen will, ja, der unter nichtsagenden Gründen vor einer Aussperrung nicht zurückrecht, der maßgebende auch in unserm Borghorst ist. Doch das kann auch eine Arbeiterschaft, wie sie die Ortsgruppe Borghorst aufzuweisen hat, nicht irre machen, denn sie weiß, einmal wird und muß auch hierin eine Besserung eintreten, denn dem Wandel der Zeiten müssen sich alle, auch die Arbeitgeber, unterwerfen. Die Arbeiterschaft weiß, daß

die Emanzipation einer ganzen Volksklasse nicht das Wert weniger Jahre sein kann. Sie weiß aber auch, daß nur unermüdete, beharrliche Standesarbeit zum Ziele führt, sie kennt nur zu gut das Sprichwort ihrer herrlichen plattdeutschen Mundart: „De Anhöller, de winnt.“

Breyell. Am Sonntag Morgen, den 25. Mai tagte im Saale des Herrn Wath, Fußangel unsere Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung lautete: „Neuwahl eines Vorsitzenden.“ Um 11¼ Uhr eröffnete der bisherige Vorsitzende Heinrich Görz die Versammlung. In kurzen Worten wies er auf ihre Bedeutung hin, gelte es doch infolge seines Wegzuges von Breyell einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Er bat die Anwesenden, bei der Wahl darauf zu sehen, daß man einen tüchtigen Kollegen wähle, der das Vertrauen der Mitglieder besitze und gewillt sei, seine ganze Kraft in den Dienst der guten Sache zu stellen. Der Lokalbeamte Stielz hob die Verdienste des Kollegen Görz hervor, die derselbe in fast zehnjähriger Tätigkeit als Vorsitzender von Breyell sich erworben habe und bat zugleich, der zu Wählende möge das Vertrauen, das man ihm entgegenbringe, dadurch belohnen, daß er die Wahl annähme. Er würde dem Kollegen zu jeder Zeit mit Rat und Tat zur Seite stehen. Bei der nun folgenden Wahl wurde der Kollege Heinrich Kremer mit großer Majorität als Vorsitzender gewählt. Derselbe nahm die Wahl dankend an. Der Kassierer Joseph Schunk dankte dem Kollegen Görz für seine opferfreudige Tätigkeit als bisheriger Vorsitzender der Ortsgruppe. Sodann dankte der Vorsitzende Heinrich Görz allen für das Vertrauen, welches man ihm in seiner langjährigen Tätigkeit als Vorsitzender entgegengebracht habe. Bringen Sie dieses Vertrauen, so rief er aus, auch ihrem neuen Vorsitzenden entgegen, so wird die Ortsgruppe Breyell auch weiter blühen und gedeihen. Weiterhin bat er alle, es möge jeder seine Pflicht und Schuldigkeit tun und ein eifriges Mitglied der christlichen Gewerkschaften bleiben. Zum Schluß rief er den Kollegen und Kolleginnen ein herzliches Lebewohl zu.

Busenbach (bad. Albthal). Als ein erfreuliches Zeichen gewerkschaftlicher Regsamkeit und gewerkschaftlichen Geistes kann der Besuch unserer Mitgliederversammlung vom Samstag, den 7. Juni registriert werden. Selbige stand unter der Leitung des Kollegen Franz Bigger. Nach Verlesung des Protokolls durch den Schriftführer Kollegen Bauinger, berichtete unser Lokalbeamter über den derzeitigen Stand unserer Bewegung. Eifrige Arbeit und treues Zusammenhalten in der gegenwärtigen Zeit, sei die Aufgabe eines jeden Mitgliedes. Der anwesende Vertreter des christlichen Holzarbeiterverbandes Kollege Schwan, Karlsruhe, zeichnete in längeren Ausführungen die Freuden und Leiden eines tüchtigen christlichen Gewerkschaftlers, ebenfalls zu treuer und eifriger Mitarbeiter auffordernd. Nachdem noch einige Versammlungsteilnehmer sich im Sinne der Vorredner ausgesprochen hatten, fand nach Abstimmung des schönen Wadnerlebes die Versammlung ihren Abschluß. Eine gemächliche Unterhaltung schloß sich daran an.

Freiburg. Die hiesige Ortsgruppe des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes berief auf Samstag, den 7. Juni, abends 7/9 Uhr im Gasthaus zum Adler eine öffentliche Versammlung ein. Trotzdem in letzter Zeit die Textilarbeiter und Arbeiterinnen Freiburgs durch Flugblätter der beiden Verbände auf die Vorgänge in Krefeld aufmerksam gemacht und zuletzt durch Handzettel der „Freien“ zur Versammlung eingeladen wurden, war der Besuch derselben einfach ein Mäglischer. Von den etwa 6—700 Personen, die in Freiburg in der Textilindustrie beschäftigt sind, waren ganze 28 anwesend. Außer den 14 Mitgliedern der „Freien“ waren noch 4 unorganisierte Kolleginnen sowie etwa 8 unorganisierte Kollegen, der Gauleiter Glanzmann, ein Mitarbeiter der roten Volkswacht und ein Mitglied unseres Verbandes anwesend. Das Referat des Gauleiters Glanzmann, mit dem die „impofante“ Versammlung „beglückt“ wurde, lautete: „Der Färberstreit in Krefeld und der Verrat der Christen.“ Näher auf das Referat einzugehen erübrigt sich. Selbstverständlich wurden alle Schimpfregister gezogen und die bekanntesten Verleumdungen und Verdächtigungen wiederholt. Auch die Lüge von den in ganz Deutschland (Nri, lui, d. R. d. Textilarbztg.) erfolgten Uebertritten zum roten Verband fehlte nicht. Dem Referat folgte eine recht flauere Diskussion.

Der jämmerliche Besuch der roten Versammlung ist recht bezeichnend für das geringe Zutrauen der Freiburger Textilarbeiter und Arbeiter zum sozialdemokratischen Verband. Der Erfolg der Versammlung war gleich Null. Die sehnlichst erwarteten Aufnahmen blieben aus. Selbst waschechte Genossen, die sonst bei jeder Gelegenheit der sozialdemokratischen Partei und ihren Gewerkschaften das Wort reden, sträubten sich mit Händen und Füßen dagegen, Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes zu werden. Uns kanns recht sein. Die Ortsgruppe des roten Verbandes büßt eben immer noch an den früher begangenen Sünden.

Kollegen, Kolleginnen! Diese Versammlung hat den schlagenden Beweis geliefert, daß alle Versuche und Mittel, die der „freie“ Verband unternimmt und benutzt, um in unserer Textilarbeiterschaft Boden zu fassen, erbärmlich scheitern. Es liegt an uns den — wenn auch kleinen — Vorsprung den wir den Genossen voraus haben, zu vergrößern. Es ist unsere Pflicht, Hilfsmittel, die uns zu Gebote stehen, in der richtigen Art auszunutzen, damit unser Verband in Freiburg wie in ganz Baden die Oberhand behält und so zum Segen seiner Mitglieder in Zukunft eine ersprießliche reiche Tätigkeit entfalten kann. Dazu bedarf es aber der tatkräftigen Hilfe der Kolleginnen. Hierzu gehört auch der Besuch der monatlichen Versammlungen, besonders in der nächsten Zeit. Kolleginnen! Arbeitet für unsere gute Sache, merbt neue Mitglieder, bringt sie in unsere Versammlungen mit! Haßt euch endlich auf zu selbstlosem tatkräftigem Handel, zur energischen Gegenwehr gegen Willkür und Macht! Unsere eigene Ehre, die Ehre unseres Verbandes erfordert es, daß wir die jegige günstige Gelegenheit ausnützen unsere Sache zu fördern und neue Mitglieder zu gewinnen. Darum auf zur Arbeit! Fort mit der Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit. Setzt guts! Wer will die erste sein?

Kirchwarbis. Trotz der schlechten Witterung erfreute sich die Ortsgruppe heute Abend einer gut besuchten Versammlung. Eingeleitet wurde diese mit dem Biede „Aufgerafft“. Dann schilderte der Vorsitzende die Notwendigkeit und den Zweck einer Hausagitationskommission. Es erklärten sich 6 Mitglieder bereit, in die Kommission einzutreten und die Hausagitation zu übernehmen. Der Vorsitzende plaidierte dann weiter für eifriges Lesen des Verbandsorgans, das sei nötig um sich zu schulen und die Angriffe der Unorganisierten und der Genossen abwehren zu können. Mit dem Biede „O Deutschland hoch in Ehren“ wurde die Versammlung geschlossen.

Krefeld. Am Sonntag, den 1. Juni tagte im großen Saale der Reichshalle eine gut besuchte Versammlung der Ortsgruppe Krefeld des christlichen Textilarbeiterverbandes. Als Tagesordnung war für sie vorgesehen: 1. Vierteljahrsbericht, 2. Bericht über den Stand der sozialdemokratischen

Versammlungskalender.

Chemnitz. 28. Juni, 8 Uhr, im „Preussischen Hof“, Brauhausstraße.
Eberfeld. 21. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Herkenrath, Klobbahn, Nr. Gladbach-Blumenberg. 22. Juni, 1/2 11 Uhr, bei Kremer, J. B. Jon Logrund, Blumenbergerstr. 71.
Gredon. 27. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Wittinghoff.
Grefrath. 28. Juni, 11 Uhr, bei Albert Reiners, Generalversammlung.
Hermes-Dahl. 21. Juni, 1/2 9 Uhr, bei Witwe Johann Wagens.
Leuth b. Kalbenkirchen. 22. Juni, 6 Uhr, bei Franz Dückers, Ochtrup. 30. Juni, 1 Uhr, vierteljährliche Abrechnung der Vertrauensmänner.
Obergroden. 28. Juni, 1/2 9 Uhr, bei R. Bismann, Viehbrud.
Schaag. 6. Juli, 10 1/2 Uhr, bei Leo Bohmikel, Generalversammlung.
Würfeln. 29. Juni, 10 Uhr, bei Kornel Schümmer, Generalversammlung.

Literarisches.

Wahlzettel für die Arbeiterversicherungsstellen. Köln 1913. Christlicher Gewerkschaftsverlag. Venloerwall 911. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen brauchen wir die Schrift nicht besonders zu empfehlen. Sie hat den Zweck, in möglichst knapper und übersichtlicher Form die Träger der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung, sowie den Aufbau der Versicherungsorgane und den, bei den Versicherungsbehörden üblichen Instanzenzug den Kollegen vor Augen zu führen. Vor allen Dingen aber bezweckt es die Klarstellung des Wahlverfahrens und Wahlsystems, das für die Organe und Behörden der deutschen Arbeiterversicherung in Geltung ist.

Jahresbericht des Bezirksverbandes und des Arbeitersekretariats der katholischen Arbeitervereine Krefelds. Der Bericht erstreckt sich auf das Jahr 1912. Er enthält eine eingehende Darstellung der katholischen Arbeitervereinsbewegung des Bezirks und deren Tätigkeit im Berichtsjahre. Der Stellung der christlichen Gewerkschaften innerhalb der katholischen Arbeitervereine ist besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden. Dieses Kapitel hat für die Textilarbeiter besonderes Interesse, weil es sich in dem Krefelder Bezirk der katholischen Arbeitervereine hauptsächlich um unseren Beruf handelt. Eine knappe, aber genaue Darstellung hat der Färberkampf erfahren. Der Bericht ist vom Verlag des katholischen Arbeitersekretariats Krefeld, Weststr. Nr. 35, zu beziehen.

Welcher Berufsorganisation sollen sich die evangelischen Arbeiter und Arbeiterinnen anschließen? Diese Frage beantwortet in einer 30 Seiten starken Broschüre Kollege Waltrusch vom Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften in Köln. Wir haben recht gutes Material in der Broschüre gefunden. Sie kann uns in der Agitation unter den evangelischen Kollegen manche Dienste tun. Sie ist vom Generalsekretariat in Köln zu beziehen.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Eine Aussperrung von 6800 Textilarbeitern und Arbeiterinnen. — Viel Geschrei — und wenig Woll! — Wer trägt die Schuld? — Christlich-nationale Arbeiter-schaft und das Regierungsjubiläum des deutschen Kaisers. — Erfolge des internationalen Arbeiterschutzes. — Fenilleton Wegemide. — Bei Mutter Pergler. — Allgemeine Rund-schau: Ein Urteil über die Streittaktik des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. — Jugendschutz in der Textilindustrie. — „Berliner“ Fachabteilungen oder christliche Gewerkschaften? — „Bescheidenheit ist eine Zier...“ — Tagelöhner für Schöpfer und Geschworene. — Die „wirklich neutralen“ Gewerksvereine — ein Anhänger der liberalen Partei. — Ein Aufrechter! — Gründlich hereingefallen. — Lohnkampf und Boykott in den Emmeriche-Margarinefabriken. — Die 3. Vertreterversammlung des Verbandes evang. Arbeitervereine Deutschlands. — Aus unserer Industrie: Die Ausfichten des Textilwarengeschäfts mit Japan. — Das Flachskörnen auf chemischem Wege. — Preiserhöhung des Verbandes deutscher Samtfabrikanten. — Der Verein deutscher Tuch- und Wollwarenfabrikanten über die Geschäftslage der deutschen Wollindustrie. — Deutschlands Ein- und Ausfuhr an wichtigen Textilstoffen im Monat Mai. — Aus dem Verbandsgebiete: An unsere Ortsgruppen vorstände! — Arbeitslosenberichterstattung. — Lohn-bewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: M. Gladbach. — Aus unseren Bezirken: Die Arbeiterverhältnisse in der Textilindustrie im Regierungsbezirk Münster nach Angabe des Gewerbeinspektions-Berichtes vom Jahre 1912. — Berichte aus den Ortsgruppen: Vorghorst. — Breyell. — Wufenbach. — Freiburg. — Kirchwarbis. — Krefeld. — Langensteinbach. — Schluttenbach. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Die Gliederung der deutschen Lohn-arbeiter-schaft. — Versammlungskalender. — Literarisches.

in Land- und Forstwirtschaft und 1,25 Millionen im Dienstbotenberuf.

Ein anschaulicheres Bild von dem Wachstum der Lohnarbeiterschaft in den einzelnen Berufsarten, insbesondere den hauptsächlichsten Veränderungen, die sich seit 1895 vollzogen haben, bietet folgende Tabelle:

Table with 4 columns: Berufsgruppe, 1907, 1895, 1907 mehr (oder wenig) als 1895. It is divided into Männliche Lohnarbeiterschaft and Weibliche Lohnarbeiterschaft, with sub-sections for various industries like B Industrie, C Handel und Verkehr, D2 Lohnarbeit wechselnder Art, etc.

Auf die einzelnen Berufsgruppen verteilen sich die Ziffern wie folgt:

Es waren beschäftigt 1907 in Bergbau, Hütten- und Salinenwesen 860 903 (430 134) — die eingeklammerte Ziffer bedeutet hier wie im folgenden die Ziffer für 1882 — Industrie der Steine und Erden 770 563 (349 196), Metallverarbeitung 937 020 (459 713), Maschinenindustrie 1 120 282 (356 089), Chemische Industrie und Industrie der Leuchtstoffe usw. 265 451 (114 482), Textilindustrie 1 088 280 (910 089), Papierindustrie 230 925 (100 156), Lederindustrie 206 973 (121 532), Holzindustrie 771 059 (469 695), Nahrungs- und Genussmittelindustrie 1 239 945 (743 881), Bekleidungs-gewerbe 1 303 853 (1 119 605), Reinigungsgewerbe 254 995 (140 186), Baugewerbe 1 563 594 (533 511), Druckerei, künstlerische Gewerbe usw. 239 030 (85 394).

Durch Eingehen auf die Altersgliederung der Lohnarbeiterschaft wird schließlich gezeigt, daß sich die ziffermäßige Ueberlegenheit der Arbeiter-schaft über die Gruppe der Selbständigen aus der Breite der Schicht der unter 30-jährigen Arbeiter ergibt. Innerhalb der mehr als 50 Jahre alten Gruppe der Erwerbstätigen finden sich mehr Selbständige als Lohnarbeiter. An über 40 Jahre alten männlichen Arbeitern beschäftigen Land- und Forstwirtschaft 600 000, die übrigen Erwerbszweige 2 Millionen. An unter 40-jährigen dagegen zählt die Land- und Forstwirtschaft 1,3 Millionen Männer, die übrigen Berufe weisen 6,26 Millionen männlicher Hilfskräfte dieses Alters auf. Im ganzen sind etwa ein Viertel der lohnarbeitenden Männer über 40-jährig, drei Viertel aber stehen unter dieser Altersgrenze.

Für die Gesamtbevölkerung aller Berufe ist die Bemerkung zu machen, daß die Entwicklung der Klasse der 20- bis 30-jährigen Bevölkerung seit 1895 nicht so erheblich ansteigt wie die der nächsthöheren Stufe. Die allgemeine Volksentwicklung steht hier sicher unter dem Einfluß der im Vergleich zu den 70er Jahren weniger erheblichen Geburtenziffer der Jahre 1881 bis 1886. Der hohe Geburtenüberschuß der Jahre 1874 bis 1879 macht sich dagegen in dem starken Wachstum der Altersklasse 30 bis 40 geltend, wie das ebenso bei der Zahlung im Jahre 1895 für die damals 12 Jahre Jüngeren, die 20- bis 30-jährige Bevölkerung, der Fall war. Was den Anstieg des Wachstums der Arbeiter-schaft jugendlichen Alters anbelangt, so ist hier wohl zum Teil von Einfluß, daß es der Berufszählung des Jahres 1907 nicht gelang, die Jugendlichen ganz vollständig zu erfassen. Die Berufszählung hat, was die Lückenlosigkeit der Verzeichnung der Bevölkerung anbelangt, jedesmal der Volkszählung etwas nachgegeben. Die Volkszählung findet im Dezember statt, die Berufszählung im Juni. Im Sommer ist aber die Selbständigkeit der Bevölkerung geringer als im Winter. Das bringt es mit sich, daß der Berufsstatistik jedesmal etwa 2 bis 300 000 Menschen entgangen sind. Ein Vergleich der 14- bis 20-jährigen mit der bei der Volkszählung im Dezember 1905 nachgewiesenen Bevölkerung im Alter zwischen 12 und 18 Jahren macht für 1907 einen Zahlungsausfall an 14- bis 16-jährigen wahrscheinlich. In gewissem Maße mag das auf die Ziffern der in der Industrie und im Handel verzeichneten Jugendlichen unter den Lohnhilfskräften von Wirkung gewesen sein. Die Ableitung einer Befürchtung, daß der weitere Nachwuchs der Lohnarbeiterschaft wiederum wie für die Zeit 1895 bis 1907 schwächer ausfallen werde, ist jedenfalls nicht begründet.

Färberbewegung, 3. Erörterung. Dem Vierteljahresbericht ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl in der Altstadt um 77 Mitglieder im Vierteljahr gestiegen ist. Die Gesamtein-nahme der Ortsgruppe betrug 6007,51 Mk. gegen 5887,98 Mk. im vorletzten Vierteljahr, also eine Zunahme von 619,58 Mk. Dieses Ergebnis wurde von der Versammlung mit Befriedigung entgegen genommen. Das Geschrei der Genossen über Mitglieder-rückgang ist dadurch am besten gekennzeichnet. Aus dem Bericht über den Stand der sozialdemokratischen Färberbewegung ist besonders erwähnenswert, daß heute neben den Mitgliedern des christlichen Verbandes über 200 Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes in den Färberereien arbeiten. Beispielsweise arbeiten in einem Betriebe 17 Mitglieder des sozialdemokratischen und 8 Mitglieder des christlichen Verbandes. Der sozialdemokratische Verband hat allerdings einen Teil dieser Mitglieder aus dem Verbands ausgeschlossen. Die Gesamtzahl der in den Färberereien Beschäftigten ist bereits über 1600 gestiegen. An den Bericht schloß sich eine äußerst rege und interessante Er-örterung an. Alle Redner erklärten die Haltung des christlichen Verbandes in der Färberbewegung als die einzig rich-tige. Ein Redner fragte an, ob es wahr sei, daß der sozial-demokratische Verband seine jüngeren Mitglieder unter An-drohung der Entziehung der Unterstützung nach der Schweiz, Italien und Sachsen zur Arbeit abkommandiere. Weitere Redner bestätigten, daß der sozialdemokratische Verband tat-sächlich die jungen Leute zur Abreise bestimme. Ein Kollege aus Sachsen, der jetzt hier in Arbeit steht, machte sehr interessante Mitteilungen über die Art und Weise, wie der sozialdemokratische Verband in Sachsen die Bewegungen führt. Dort müßten die Mitglieder sich mit ein paar Pfennigen Lohn-erhöhungen zufriedengeben. Er, Redner, möchte dringend wünschen, daß recht viele Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes die Verhältnisse in den Domänen dieses Verbands mal näher kennen lernten. Sie würden dann einsehen müssen, daß es doch in dem von den Genossenführern so ver-schrieenen Krefeld bis zu 100 Prozent besser sei. Lange würden die Mitglieder jedenfalls nicht in Sachsen bleiben. Andere Redner gingen auf die Bewegung der Riemend-reher in Warmen ein. Die Arbeiter erhielten dort 24 Mk. Wochenlohn. In sieben Jahren hätte keine Lohn-bewegung mehr stattgefunden. Jetzt wollten die Arbeiter das Akkordsystem einführen. Der sozialdemokratische Verband hätte jedoch die Bewegung gegen den Willen der Beteiligten ergebnislos abgebrochen mit der Begründung, daß der Ver-band mit Rücksicht auf den Krefelder Färberstreik keine weitere Bewegung mehr durchführen könne. — Alles in allem ließ die Aussprache erkennen, daß die anwesenden Mitglieder des christlichen Verbandes das arbeiterschädigende Treiben des sozialdemokratischen Verbandes gründlich durchschaut haben. Es herrschte denn auch eine sehr gute Stimmung unter den Mitgliedern für ihren Verband. — Die Versammlung wurde mit einem kräftigen Schlusswort des Vorsitzenden, der zur weiteren Agitation und Schulung aufforderte, geschlossen.

Langensteinbach (bad. Albthal). Trotz der vielen Ar-beiten, die gegenwärtig unsere Mitglieder haben, war der Besuch unserer Versammlung am 31. Mai ein zufrieden-stellender. Eröffnet und geleitet wurde dieselbe durch unseren Vorsitzenden Kollegen Nagel. Das treffliche, von unserem Schriftführer Kollegen Hermann Klupp verlesene Protokoll fand einstimmige Annahme. Sodann verlas der Vorsitzende die an die Betriebsleitung gemachte Eingabe und beschrieb anschließend daran die Arbeiten, welche die gewählte Lohn-kommission zu leisten hatte. Einmütig war man der Meinung, daß eine nochmalige allseitige Hausagitation unsern Verband wieder ein schönes Stück vorwärts bringen würde. Alle Mitglieder werden in den nächsten Tagen den Versuch machen, die noch fernstehenden zu gewinnen. Einige frisch geungene Gewerkschaftsmitglieder legten Zeugnis von dem in unserer Mit-gliedschaft wohnenden Geiste.

Schluttenbach (bad. Albthal). Weitab vom Getümmel der Großstadt liegt unser Dörfchen, in dem sich eine schöne Ortsgruppe unseres Verbandes befindet. Früh morgens um fünf regt sich hier schon alles, um in dem eine Stunde ent-fernten Betriebe die Tagesarbeit aufzunehmen. Auch hier hat der Organisationsgedanke festen Fuß gefaßt. Selbiges bewies die Versammlung am Donnerstag, den 12. Juni, welche unter der Leitung des Kollegen Weder einen anregenden Ver-lauf nahm. Ein eingehender Bericht über den Stand unserer Bewegung war die zu behandelnde Frage, dem die Anwesenden mit Interesse folgten. Weiterarbeit, bis auch der letzte Texti-larbeiter unserem Verbands angehört, war auch hier die Ueber-zeugung aller Anwesenden.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Gliederung der deutschen Lohnarbeiterschaft. Aus Anlaß des Erscheinens des letzten der zehn Bände des Quellenwerkes über die große Berufszählung vom Jahre 1907 beginnt das Reichs-„Blatt“ eine zusammenfassende Darstellung über die Gliederung der deutschen Lohnarbeiterschaft.

Zunächst wird die Stellung der Lohnarbeiterschaft nach der Dienenden im Kreise der übrigen sozialen Schichten vorgeführt. Bei Einbeziehung der Angehörigen umfasst die Arbeiter-schaft 29,8 Millionen oder fast die Hälfte der 61,7 Millionen betragenden Gesamtbevölkerung. Die über halb so große, 16,9 Millionen erreichende Schicht der Selbständigen baut sich auf diese breiteste Gruppe der Lohnarbeiter auf. Daneben stehen als besondere Gruppen die Rentner und Berufsgruppen, die Angestellten-schaft wie die im Betriebe des Familienhauptes mit-helfenden Familienangehörigen; je über vier Millionen entfallen auf sie.

Des weiteren werden sodann die 15 Millionen Personen, die lohnwerbend oder dienend tätig sind, näher nach dem Geschlecht wie nach den Berufsgruppen betrachtet. Die landwirtschaftlichen Tagelöhner und Ackerleute sind trotz Heranziehung ausländischer Arbeiter 1907 um fast 400 000 geringer an Zahl als die bei der vorhergehenden Berufszählung ermittelten männlichen Lohnhilfskräfte. Von den übrigen 8,3 Millionen männlichen Lohnarbeitern und Dienenden sind 7 Millionen in Industrie und Berg-bau, 1 Million in Verkehr und Handel beschäftigt. Von den insgesamt 4,7 Millionen lohnarbeitenden Frauen haben fast 1,46 Millionen in der Industrie, 1,41 Millionen

Mitglieder, agitiert für den Verband!